Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Danziger Volksstimme

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 6-gesp. Zeile 0,30 Gulden, Reklamezeile 1,— Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 44 — Donnerstag, den 21. Februar 1924 — 15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus Nr. 6. Postscheckkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 7-20, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290.

Bemerkungen.

Danzig, den 21. Februar. E. L.

Den Kommunisten war in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie jedes Mittel recht. So erhoben sie auch stets die verleumderische Behauptung, daß die Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körperschaften nur lange Reden führte, aber zu keinen Taten fähig sei. Im neuen Volkstag gibt es jedoch keine Partei, die so viele und so lange Reden hält, wie gerade die der Kommunisten. Selbstverständlich ist jede Oppositionspartei genötigt, ihre Stellung zu den vorliegenden Gesetzen häufiger und gründlicher darzulegen als die Regierungspartei, die ihre Forderungen hauptsächlich bei den Beratungen mit der Regierung vor Einbringung der Gesetzesvorlage vertritt und sich deshalb im Plenum in der Hauptsache auf Ja- bezw. Nein-Sagen beschränkt. Darüber hinaus wird sich eine sozialistische Partei auch das Recht nehmen müssen, den kapitalistischen Parteien zeitweilig die Maske zu lüften. Es muß einmal aber ausgesprochen werden, daß die kommunistische Vielrederei keiner dieser beiden Voraussetzungen entspricht. Wie schon kürzlich bei Beratung des Antrages auf gesetzliche Festlegung des Achtstundentages marschierte auch gestern bei der Aussprache über die Hilfe für die Erwerbslosen fast ein halbes Dutzend kommunischer Redner auf. Eine proletarische Partei hat gewiß bei diesen Fragen mehr zu sagen als die bürgerlichen Parteien. Die parlamentarischen Reden der Kommunisten aber dienen in keiner Weise der Arbeiterschaft. Das Bürgertum verliert jede Achtung vor der Arbeiterschaft, wenn seine Vertreter einer nach dem andern immer dasselbe Sprüchlein herbeten und dabei sich häufig in den konfusesten Redewendungen und bombastischsten Drohungen ergehen, so daß die Bürgerlichen in den Kommunisten mehr erheiternde denn „revolutionäre" Gestalten sehen. Am wenigsten dienen die Kommunisten den Interessen der Arbeiterschaft, wenn sie sich auch im Parlament in Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ergehen, wie es bei der Aussprache über den Achtstundentag der Fall war. Die „revolutionären" Kommunisten sind auf dem besten Wege, in der Volksvertretung dieselbe Rolle zu spielen wie ihre Antipoden, die Deutschsozialen. Auch hier die Radekische Einheitsfront: Sowjetstern und Hakenkreuz.

*

Der Senat hat die Aufhebung der Warenhaussteuer beschlossen, weil diese nichts mehr einbringt. Die Veranlagungs- und Erhebungskosten gestalten sich höher als die Erträge, nachdem das größte bisherige Warenhaus in Danzig diesen Charakter aufgegeben hat und hier nur noch ein einziges kleines Warenhaus besteht. Der Beschluß des in seiner Mehrheit deutschnationalen Senats war also einmal ausnahmsweise vernünftig. Die deutschnationalen Mittelstandsretter glaubten aber hier ihrem alten Zukunftsprogramm treu bleiben zu müssen und forderten des Prinzips halber die Beibehaltung der ertragslosen Warenhaussteuer. Es ergab sich das sonderbare Schauspiel, daß diesmal die Oppositionsparteien für die Senatsvorlage stimmten, während sich die Regierungsparteien dagegen erklärten.

Gegen die Senatsvorlage stimmte auch der deutschnationale Vizepräsident des Senats Dr. Ziehm, der als Senator sein eigenes Werk eigentlich hätte vertreten müssen. Anscheinend läßt er aber (wenigstens manchmal) im Senat seine bessere Einsicht walten, während er im Volkstag nur dem demagogischen Phrasentum seiner Partei folgt. Das bekannte Naturwunder von dem Kalb mit zwei Köpfen hat also eine Konkurrenz gefunden in dem deutschnationalen Senator mit den zwei Seelen.

*

Der deutschnationale Abgeordnete und Pfarrer Böhm aus Bohnsack glaubte vor einiger Zeit im Volkstag in der Pose der beleidigten Unschuld unsere „Volksstimme" abkanzeln zu können, weil diese die eigenartige Wahlagitation dieses Herrn näher beleuchtet hatte. Sein Anschluß an die deutschnationale Fraktion war nach seiner Behauptung in Uebereinstimmung mit seinen Wählern erfolgt, die das durch vorgenommene Abstimmungen bekundet hätten. Wir haben nun Gelegenheit gehabt, mit einer Anzahl von Wählern Böhms aus Fischerkreisen Rücksprache zu nehmen, die es alle ablehnten, mit der deutschnationalen Politik ihres Abgeordneten einverstanden zu sein. Nach ihren Aussagen ist die Abstimmung so vor sich gegangen, daß man sie gefragt habe, ob sie für Erhaltung des Deutschtums im Freistaat und überhaupt für eine deutsche Politik seien, was sie selbstverständlich bejaht haben. Sie hatten das Wort „deutsch" in seinem wahren Sinne und nicht im Sinne der deutschnationalen Parteipolitik verstanden. Von der deutschnationalen Fraktion sei keine Rede gewesen. Anscheinend hat aber der Abg. Böhm als Verkünder des Gottesworteses das Verständnis für den Sinn der Menschenworte verloren. Nur so ist es zu erklären, daß er aus der Zustimmung seiner Wähler zum Deutschtum eine Zustimmung zu seiner deutschnationalen Parteipolitik machte.

Zusammentritt des Reichstags.

Der Reichstag ist gestern wieder zusammengetreten. Präsident Loebe eröffnete die Sitzung und stellte fest, daß der Reichstag nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 15. Februar seine Arbeiten in vollem verfassungsmäßigem Umfang wieder aufnehme. Vor Eintritt in die Tagesordnung forderte der kommunistische Abgeordnete Bartz sofort Rechenschaft von der Regierung. Da Widerspruch erhoben wurde, konnten die kommunistischen Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Alsdann sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu einem Gesetzentwurf über den Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe und den Beglaubigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Oesterreich. Der Gesetzentwurf wurde in allen drei Lesungen einstimmig angenommen, ebenso ein Gesetz über Danziger und memelländische Rechtsangelegenheiten, nach welchem Verfahren, die vor der Abtretung von Danzig und Memel vor inländischen Gerichten anhängig waren, vor diesen Gerichten fortgeführt werden. Es folgten dann die Interpellationen über die Pfalz, deren Beantwortung morgen erfolgen wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag zu den von der Regierung in der parlamentslosen Zeit erlassenen Verordnungen eine Anzahl Abänderungsanträge und eine Interpellation eingebracht. In der Interpellation wird die Reichsregierung u. a. gefragt, ob sie bereit sei, in Uebereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren, ferner was sie zu tun gedenke, um zu verhindern, daß durch anhaltenden Lohnabbau und übermäßig verlängerte Arbeitszeit erneut die außenpolitische gefahrvolle Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonkurrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten. Die eingebrachten Anträge betreffen Abänderung der Verordnungen über die Arbeitszeit, die Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung, die Frage der Beamtenbesoldung, die Personalabbauverordnung, die Arbeitszeit der Reichsbeamten, die Verordnung über Abänderung der Strafprozeßordnung, die dritte Steuernotverordnung usw. Schließlich ist noch folgender Antrag zur Abänderung des Strafgesetzbuches eingebracht worden: Landesverrat im Sinne des § 92 Absatz 1 Nr. 1 begeht nicht, wer gesetzwidrige Zustände bekannt macht, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden herbeizuführen.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl.

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahl sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 31. März auslegungsfertig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Rechtsregierung in Thüringen.

In der ersten Sitzung des dritten Thüringer Landtages wird neben der Wahl des Landtagspräsidenten auch die Wahl der Regierung vorgenommen werden. Bei der Präsidentenwahl und der Wahl der Regierung wird der völkische Block mit dem Ordnungsbund zusammengehen. Als kommende Minister werden genannt Dr. Sattler, ein ehemaliger Meininger Landrat, Dr. Dölle-Sondershausen und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Leutheuser-Jena. Die Regierung soll von drei Ministern und vier Staatsräten gebildet werden. Die völkische Fraktion beteiligt sich nicht an der Regierung, will aber eine Regierung unterstützen, die nur aus deutschblütigen, nicht-marxistischen Männern besteht, die national ist, sozial handelt und die christliche Religion in Schule und Haus ohne Unterschied des Bekenntnisses unbedingt schützt.

Die französische Wahlreform.

Poincaré in Nöten.

Der französische Senat nahm gestern zu der von der Kammer beschlossenen Wahlreform Stellung. Die Linke des Senats erklärte sich dabei gegen das von der Kammer beschlossene Verhältniswahlsystem und will die bisherigen Arrondissementswahlen, die dem früheren Reichstagswahlrecht ähnlich sind, beibehalten.

In der Aussprache ergriff Poincaré das Wort, um in stundenlanger Rede die Annahme der von der Kammer beschlossenen Aenderungen des Listenwahlrechts und die Ablehnung der vom Wahlrechtsausschuß empfohlenen Rückkehr zum Arrondissementssystem zu fordern. Er betonte dann, daß die Linke früher gegen das Arrondissementssystem für Proportionalwahlen und Listensystem eingetreten sei. Als Poincaré durch einen Zwischenruf daran erinnert wurde, daß er selbst 1889 bei der Wiederherstellung des Arrondissementssystems gewirkt habe, antwortete er: Jawohl, um gegen den Boulangismus zu kämpfen! (Stürmischer Beifall links.) Aber ich glaube nicht, daß ein derartiges Abenteuer fortan zu befürchten ist. (Bewegung.) Poincaré stellte zum Schluß die Vertrauensfrage. Er bemerkte dabei, die äußere Politik könne jetzt, da Frankreich im Besitz von Pfändern sei, und die Unterredungen mit den Verbündeten in Gang gekommen seien, von jedem beliebigen Nachfolger fortgesetzt werden. Denn jeder Nachfolger werde notwendig die gleiche äußere Politik machen wie das derzeitige Kabinett. Er habe bei der Uebernahme der Regierung nicht geglaubt, wie schwierig die Aufgabe sein werde. Er sei bereit, die Regierung weiter zu leiten, aber nur dann, wenn er im Senat wie in der Kammer auf eine Mehrheit rechnen könne.

Nach der Rede versuchten Rechte und Zentrum die sofortige Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage durchzusetzen. Die Linke protestierte und erlangte Vertagung der Debatte auf Donnerstag nachmittag.

Der Bericht der Sachverständigen.

Poincaré grundsätzlich einverstanden.

Laut „Chicago Tribune" liegt der Schlußbericht des Komitees Dawes in seinen Grundumrissen nunmehr vor. Er wurde Poincaré Dienstag von dem französischen Delegierten Parmentier mitgeteilt. Der Bericht sieht die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebiets und eine rein geschäftliche Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré hat sich grundsätzlich mit den Schlußfolgerungen des Berichtes einverstanden erklärt. Im einzelnen haben die Sachverständigen folgende Gedankengänge in ihrem Bericht entwickelt:

1. Verzicht auf die Kontrolle der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet im Austausch eines allgemeinen Pfandrechtes auf die deutschen Eisenbahnen.
2. Begründung einer Emissionsbank mit einem Kapital von 800 Millionen Goldmark. (Bekanntlich soll der Sitz dieser Bank ins neutrale Ausland verlegt werden. Ihre Direktoren sollen aus den Finanzpersönlichkeiten irgendeines neutralen Landes erwählt werden.)
3. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands wird der Fortfall der verschiedenen französisch-belgischen Dienststellen, so insbesondere der Micum, verlangt.
4. Die Sachverständigen haben sich auf besonderen Wunsch der französischen Regierung damit einverstanden erklärt, daß Deutschland nur ein zweijähriges und nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, ein dreijähriges Moratorium zugestanden werde.

Der Text des Berichts befindet sich in den Händen zweier Beamten, die damit beauftragt sind, den definitiven Wortlaut aufzusetzen und auch den englischen Text zu bearbeiten. Der „Chicago Tribune" zufolge dürfte der Bericht noch vor dem 5. März der Reparationskommission unterbreitet und gleichzeitig bekanntgegeben werden. Alles läßt darauf schließen, daß die Sachverständigen in der Abfassung ihrer Schlußfolgerungen ein und derselben Meinung sind. Das Widerstreben Frankreichs gegen den Verzicht auf die Ruhrpfänder hat angesichts der neuesten Frankenbaisse innerhalb der letzten 24 Stunden erheblich nachgelassen. Von der militärischen Besetzung ist in dem Sachverständigenbericht jedoch nicht die Rede, und man versichert, daß die Frage der Militärkontrollen in Deutschland sowie der militärischen Sicherung Frankreichs einer besonderen Lösung harrt.

*

In einer halbamtlichen von Havas verbreiteten Erklärung über die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem französischen Delegierten der Sachverständigenkommission heißt es: Die französische Regierung hoffe, daß die Sachverständigen zu einmütigen und dem französischen Standpunkt günstigen Schlußfolgerungen gelangen werden; aber an den offiziellen Stellen lehne man es ab, ein Urteil auf Indiskretion zu stützen, da die Sachverständigen noch nicht mit der Ausarbeitung ihrer endgültigen Vorschläge rein konsultativen Charakter begonnen hätten. Entscheidungen könne nur die Reparationskommission treffen.

Die polnische Reaktion gegen Sikorski.

In Polen ist kürzlich der frühere Ministerpräsident General Sikorski zum Kriegsminister ernannt worden, der bei der polnischen Reaktion sehr verhaßt ist. Während der Tagung der nationalistischen Hallerverbände in Bromberg kam die Nachricht von der Ernennung General Sikorskis zum Kriegsminister. Diese erregte hier große Erregung, man sieht in Sikorski einen Platzhalter Pilsudskis. Es wurde daher eine Entschließung gefaßt, in der aufs schärfste protestiert wird, da S. sehr stark politisch engagiert sei und da man darin den Versuch sehe, Pilsudski wieder in einen hohen Posten beim Militär zu bringen. Pilsudski aber bringe Entzweiung in die Armee. Zum Schluß der Resolution wird damit gedroht, daß im Falle eines solchen Vorgehens die Finanzierung in Frage gestellt werde, da die Opferwilligkeit vieler Kreise dadurch nachlassen würde. Mit anderen Worten: Man will auf Kosten des Staatswohles eine politische Erpressung üben.

Schadenersatzansprüche deutscher Reedereien.

Die „Associated Preß" meldet aus Washington: Der Rechtsbeistand der deutschen Schiffahrtsgesellschaften, u. a. der Hapag und des Norddeutschen Lloyd, begann vor dem zuständigen Bundesgericht der Vereinigten Staaten seine Ansprüche zu begründen, in denen er ungefähr 300 Millionen Dollar als Entschädigung für die im Kriege von den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Passagier- und Frachtdampfer verlangt. Der Norddeutsche Lloyd verlangt allein 98 Millionen Dollar für seine Schiffe, die in amerikanischen Häfen interniert und bei Kriegserklärung durch die Vereinigten Staaten beschlagnahmt worden sind. Der Rechtsbeistand behauptet, daß die Schiffe als Privateigentum gegen eine Beschlagnahme auf Grund der Kriegsgesetze gesichert seien.

Der Metallarbeiterkongreß.

Die Verhandlungen des Metallarbeiterkongresses begannen am Dienstag mit einem Referat von **Brandes** vom Hauptvorstand über „Die Gewerkschaften und die Sozialpolitik“. Statt eines Ausbaues der Sozialpolitik, wie ihn die Not der arbeitenden Bevölkerung verlange, mache sich jetzt ein Rückschritt bemerkbar. In den Reihen der Unternehmer wünsche man einen starken Abbau der sozialen Fürsorge, was einen heftigen Widerspruch der Arbeiterschaft hervorrufen müsse. Der Redner schilderte eingehend den Ausbau der sozialen Fürsorge und des Arbeiterschutzes in den ersten Nachkriegsjahren. Außenpolitischer Druck, die Indifferenz großer Teile der Arbeitermassen und nicht zuletzt der Bruderkampf in der Arbeiterschaft hätten verhindert, die papiernen Bestimmungen der Verfassung lebendig werden zu lassen. Die Arbeiterschaft verlange gegenüber dem Unternehmertum gleiches Recht, in der Erkenntnis, daß die menschliche Arbeitskraft die wertvollste Substanz sei. Ein Abbau der Sozialpolitik werde verhängnisvoll für die deutsche Wirtschaft sein. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialpolitik müsse gefordert werden. Das Reichsarbeitsministerium sei zu einem Ministerium für die Unternehmer geworden. Zum Ref..t von Brandes legte der Vorstand eine Entschließung vor, in der die Forderungen der Arbeiterschaft auf Ausbau der Sozialpolitik umrissen sind.

Für die Aussprache wurden jeder Fraktion drei Redner zugebilligt mit einer Redezeit von einer Stunde, ¾ Stunde und einer halben Stunde, der Vertreter der USP. erhielt halbstündige Redezeit. Als erster Diskussionsredner sprach Schumann-Halle (KPD.). Dißmann habe keinen Weg gezeigt, um aus dem Elend herauszukommen. Die sozialen Einrichtungen seien zunichte geworden. Der Redner griff den Reichspräsidenten an, weil er den Ausnahmezustand nicht aus eigener Macht aufgehoben habe, auch Noske mußte nochmals herhalten. Dem Genossen Siering warf er als preußischen Handelsminister vor, daß er durch Stundung der Kohlensteuer den Unternehmern ungeheure Gewinne zugeschanzt habe. Dißmann habe nicht gearbeitet, wie er es in Stuttgart versprochen habe. Der gewerkschaftliche Kampf müsse zum politischen Kampf werden; an Stelle der Diktatur des Kapitals müsse die Diktatur der Arbeiterschaft gesetzt werden. Die Schaffung von Industrieverbänden sei im Interesse der Gesamtarbeiterschaft notwendig. Die Kommunisten forderten ihre Anhänger auf, in den Gewerkschaften zu verbleiben. (Lebh. Widerspruch.) Sozialdemokratie und ADGB. griff der Redner scharf an wegen des Ermächtigungsgesetzes. Dißmann sei in das Schlepptau des ADGB. genommen worden. Bei den scharfen Angriffen Schumanns gegen Dißmann kam es unter den Delegierten zu heftigen Auseinandersetzungen.

Pawlowitsch-Dresden (VSPD.): Nicht Parteizugehörigkeit komme in Frage, sondern die Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaftsrichtung. Die wichtigste Aufgabe des Verbandstages sei, Richtlinien zu schaffen für die unmittelbaren Aufgaben. Die Gewerkschaften sind bisher ihren Weg zwangsläufig gegangen und werden ihn auch weiter zwangsläufig gehen müssen. (Sehr richtig!) Von den Kommunisten oftmals unterbrochen, wies der Redner die Angriffe Schumanns auf den Reichspräsidenten zurück und verurteilte die Aufputschung der Arbeiterschaft durch Flugblätter. Die Politik der Gewerkschaften sei heute dieselbe wie früher. Mit einem großen Teil der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder lasse sich durchaus gut arbeiten, aber zurückgewiesen werden müsse die Gepflogenheit der Kommunisten, alle diejenigen, die nicht auf Moskau schwören, als Arbeiterverräter und Unternehmerlakaien zu kennzeichnen. (Stürm. Zust.) Um den Unternehmern mit aller Energie entgegentreten zu können, sei innere Geschlossenheit und Disziplin notwendig. Parteipolitik dürfe nicht über Gewerkschaftsbeschlüsse gestellt werden. (Lebh. Beifall.)

Ludendorff und Rupprecht.

In München erzählt man sich, wie die „Frankf. Ztg.“ berichtet, von einem entscheidenden Gespräch zwischen Ludendorff und Rupprecht von Wittelsbach, das den im Nachfolgenden dargestellten Verlauf genommen habe. Das Frankfurter Blatt erklärt, es habe guten Grund zur Annahme, daß die Erzählung auf Wahrheit beruht. Trotzdem zweifle es nicht daran, daß die Einzelheiten dementiert werden ... Jedenfalls sei die Stellung der Gegenspieler richtig wiedergegeben, die unglaubliche Selbstüberschätzung des Generals und die vernünftige Zurückhaltung Rupprechts, der allerdings den Hetzführer in einer Art und Weise behandelt, die Rupprecht den rechtsstehenden Kreisen in Deutschland nicht gerade sympathisch machen wird.

In den Tagen des Hitlerputsches in München begab sich Ludendorff zum Exkronprinzen von Bayern. Von dessen Adjutanten, Graf Soden, empfangen, meinte Ludendorff auf die Bemerkung Sodens, wie sehr es ihn freue, Ludendorff wieder einmal bei seinem Herrn zu sehen:

„Man kann auch diesen Gang wieder einmal tun, obwohl es nichts nutzen wird.“

Das Gespräch zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff begann mit den Worten des Generals:

„Majestät, die Auseinandersetzung zwischen den Dynastien Hohenzollern und Wittelsbach ist in ein akutes Stadium eingetreten.“

Kronprinz Rupprecht schweigt. Darauf Ludendorff: „Majestät! Hinter mir stehen ungeheure Machtmittel. Ich stelle sie Eurer Majestät zur Verfügung.“

Darauf der Kronprinz: „Exzellenz! Ob das Haus Wittelsbach wieder den Thron besteigt, ist eine Angelegenheit zwischen meinem Volke und mir, die auf friedlichem Wege ohne Waffengewalt ausgetragen wird. Ich verzichte auf die Dienste Eurer Exzellenz!“

Sprach's, verließ grußlos den Saal und ließ den General in ziemlicher Fassungslosigkeit zurück.

Die Spaltung im Reichszentrum.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Das Zentrum wird bei den kommenden Wahlkämpfen einen sehr schweren Stand haben. In den christlichen Gewerkschaften des Industriegebietes gärt es schon seit geraumer Zeit, besonders seit Abbruch des passiven Widerstandes. Erst in den letzten Tagen wurden wieder verschiedene Entschließungen der christlichen Arbeiter bekannt, die sich gegen die unternehmerfreundliche Politik des Reichsarbeitsministers wenden. Was die christlichen Arbeiter aber besonders scharf gegen ihre Führer in den Gewerkschaften aufbrachte, ist vor allen Dingen deren völliges Versagen in der Frage des Achtstundentages. Aus dieser erregten Stimmung heraus ist die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“, das neue Parteigebilde der christlichen Arbeiter gegen den rechten Flügel der Zentrumspartei entstanden. Eine am 10. Februar in Essen stattgefundene große Kundgebung hat gezeigt, daß die neue Partei der christlichen Arbeiter dem Zentrum sehr gefährlich werden kann und daß sie bis zu den nächsten Wahlen schon eine ansehnliche Gefolgschaft hinter sich haben dürfte. In dem zweimal wöchentlich in Dortmund erscheinenden Organ der neuen Partei wird die arbeiterfeindliche Politik des Zentrums besonders scharf gebrandmarkt. Wie breit der Riß bereits klafft, zeigt ein Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

„Was haben die katholischen Arbeiter im Zentrum erreicht in ihrem Streben um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Höherwertung? Man komme doch da nicht immer mit den alten, abgeleierten Agitationsphrasen von der sozialen Fürsorgetätigkeit, die durch das Zentrum geleistet worden sei. Jedenfalls dürfen wir mit Fug und offen, ob nicht irgendwo besondere Absichten damit ausschlaggebend waren. Jedenfalls dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, daß selbst heute noch im Zentrum der Arbeiter mehr eine Staffage ist, die man notwendig braucht, als etwa volles, gleichberechtigtes Glied. Im übrigen verstehen wir eine andere „Belehrung“ als wie sie mancherorts üblich zu sein scheint, wo man den Mitgliedern erklärt, „Armut ist ein Geschenk Gottes!“ „Selig sind die Armen im Geiste!“ Solche „Belehrung“ ist alles andere als angepaßt in einer Zeit, in der das schaffende Volk vor Elend nicht ein noch aus weiß.“

Das plötzliche Vorgehen des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Stellungnahme in der Frage des Lohnabbaues und der Schichtverlängerung zeigt ebenfalls, wie groß der Riß im Zentrum bereits gediehen ist. Der Gewerkverein legt z. B. gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches Verwahrung ein und belehrt den Reichsarbeitsminister, daß es seine Pflicht sei, „in sozialem Geiste zu wirken und eine zu weitgehende Ausbeutung der im Augenblick wirtschaftlich schwachen Bergarbeiter zu verhindern!“ Unter der Ueberschrift „Die Willkürherrschaft im Ruhrbergbau“ schreibt „Der christliche Bergknappe“ in diesem Zusammenhang u. a.:

„Auf den Zechen herrscht das Scharfmachertum wie selten zuvor. Die Brutalität der Unternehmer nimmt immer schärfere Formen an. Der hungrige Bergmann wird wie ein Hund behandelt. Die vorhandene Notlage wird zu erpresserischer Ausbeutung der Bergleute ausgenutzt. Wer gegen die Willkürherrschaft Front macht, wird brutal auf die Straße geworfen. So können die Dinge nicht weitergehen.“

Was die Zechengewaltigen den Bergarbeitern zurzeit zu bieten wagen, ist eben auch den Christlichen allmählich zu viel. Hat doch dieser Tage beispielsweise der Mülheimer Bergwerksverein (Zeche Hagenbeck) sich nicht gescheut, den Invaliden und Witwen des Werkes, die bislang Hausbrandkohlen bezogen, einfach die Kohle zu entziehen. Das ist der Dank für die opferwillige Teilnahme der Bergarbeiter am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Der durch die Brutalität der Unternehmer erzeugten Stimmung unter den Bergarbeitern sucht die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“ nun gegen das Zentrum Rechnung zu tragen. In ihrem Programm wird ein entschiedenes Bekenntnis zur demokratisch-republikanischen Staatsverfassung abgelegt. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird grundsätzlich der Abbau der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Ueberführung der Produktion auf das Genossenschaftsprinzip gefordert. Weitere Forderungen sind: Sicherung des Koalitionsrechtes, ausreichender Arbeiterschutz, Sicherstellung eines unbedingt ausreichenden Einkommens, die Durchführung einer gerechten Steuerreform, entscheidende Mitwirkung von Laienrichtern unter Ablehnung jeglicher Klassenjustiz und tatkräftiges Eintreten für allgemeine Völkerversöhnung im Geiste des christlichen Solidarismus.

Die sozialistischen Studenten Deutschösterreichs hielten in Wien einen stark beschickten Delegiertentag ab. Während Richtungsstreitigkeiten überhaupt nicht auftraten, ergaben die Tätigkeitsberichte u. a., daß die aufstrebende sozialistische Organisation an den Hochschulen sich mit der klerikalen und der zurückgehenden deutschnationalen Studentenbewegung durchaus messen kann. Die sozialistischen Studenten, unter denen nicht wenige Proletarierkinder sind, besitzen eine eigene Speiseanstalt (Mensa), einen Studier- und Lesesaal, zwei Studentenheime, eine Wirtschaftshilfe mit brauchbarer Krankenversicherung und eine Kreditkasse, eine Stunden- und Stellenvermittlung. Eine Kleiderkreditaktion ist in Vorbereitung. Zehn Gewerkschaftsstipendien ermöglichen ebenso vielen Kindern gewerkschaftlich und politisch organisierter Genossen das Studium. Es besteht auch schon eine sozialistische Organisation für höhere Schüler, die in Deutschösterreich Mittelschüler genannt werden.

Es gibt kein Rußland mehr! Das russische Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat an sämtliche diplomatische Vertretungen in Moskau eine offizielle Note mit der Bitte gerichtet, die Bezeichnung „Rußland“ fallen zu lassen und sie durch den Namen „Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken“ (S. S. S. R.) zu ersetzen.

Oesterreichs Reform der Sozialversicherung. Der österreichische Minister für soziale Verwaltung, Schmitz, machte den Vertretern der Parteien des Nationalrats Mitteilungen über die geplante Reform der Sozialversicherung und die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Das Reformwerk, das der Bundeskanzler in seiner Programmrede in Aussicht gestellt hatte und alle Zweige der Sozialversicherung umfassen wird, wird drei Gesetzgebungsakte umfassen und zudem eine Vereinfachung der Organisation der Arbeiterkrankenversicherung, wodurch die bestehenden 220 Krankenkassen um mindestens ein Drittel vermindert werden sollen, und sodann die Schaffung eines Arbeiterversicherungsgesetzes, welches alle Zweige der Versicherung, darunter auch die Invaliditäts- und Altersversicherung, umfassen wird. Gleichzeitig soll durch ein besonderes Gesetz die Altersversicherung Selbständiger, nämlich Gewerbetreibender, Inhaber und Pächter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, evtl. Angehöriger bestimmter freier Berufe geregelt werden.

Zusammenbruch eines Petersburger Trusts. Die seit dem Herbst herrschende, teilweise zwar gemilderte, im ganzen aber noch keineswegs behobene Absatzkrise hat die finanzielle Lage des Petersburger Nähindustrietrusts sehr ungünstig beeinflußt. Die Verschuldung des Trusts beträgt 3 510 000 Tscherw.-Rubel. Unter den Gläubigern befinden sich die Getreidegesellschaft „Chljeboprodukt“, der Petersburger Textiltrust usw. Die Umsatzmittel des Trusts betragen 4 786 000 Tscherw.-Rubel, wovon aber 3 510 000 auf nicht realisierte Warenvorräte entfallen. Da der Trust nicht in der Lage ist, von sich aus zu einer Sanierung seiner Finanzen zu gelangen, sollen demnächst seine Gläubiger über Form und Weg einer solchen Sanierung beraten. — Damit wird allgemein die schwierige Lage der russischen Staatsindustrie sichtbar.

Internationale Messe in Petersburg. Die Petersburger Handelskammer hat der Sowjetregierung die Abhaltung einer internationalen Messe in Petersburg noch in diesem Jahre vorgeschlagen.

Kino im Schnee.

Dicht vor meinem Hause lag ein schmutziger großer Haufen Schnee. Nachdem er einige Zeit „[illegible]“ gewesen ist, weicht die dunkle Masse dem warmen Regen von oben, und — gleich der Butter an der Sonne — rutscht die [illegible] immer mehr in sich zusammen, wie das Vorhaben eines Rentners im Zeichen der Inflation. Bis ich heute morgen die letzten Reste verlegen hier und da zerstreut finde.

Vier Wochen hat er — sagte ich — vor der Tür gelegen. Die Spuren der 28 Tage sind deutlich zu merken. Bei näherer Betrachtung findet sich nämlich als Nachlaß folgendes: Mindestens zehn bis zwölf oder mehr kleine Haarlöckchen. Alle fein gewickelt und zusammengeringelt. Nicht zu verwechseln mit Christkindleins Haar. Es sind [illegible] von der traurigen Madame im ersten Stock, die jeden Morgen ihren falschen Wilhelm glättet und den Rest, der im Kamm bleibt, mit elegantem Schwung durchs Fenster fegt. Wie mancher könnte sich hier Locken ergattern und als Andenken sammeln ...

Dann birgt das letzte Schneehäuflein mindestens 50 bis 70 Streichholzschachteln, alle bis auf den Nagel abgebrannt, so daß der, der sie verbrauchte, [illegible] dem Schnee einzuverleiben. Natürlich kann das nur ein Verliebter gewesen sein.

[illegible] Ueberraschung, woher diese Schneeherrlichkeit kommt? Der junge Musiker, der Abend für Abend die [illegible] im zweiten Stock bringt, [illegible] „zum Kurzweil“(?) zwischen Tür und Angel. Immer wieder [illegible]. Manchen Abend gibt's das [illegible]. Da liegen nun die Zeichen [illegible], als traurige Ueberbleibsel eines Musikerlebens(?). Ach, wie sieht das alles so scheel aus, wenn man's [illegible].

[illegible] die kleine Fläche [illegible], die nun wieder allmählich an die Oeffentlichkeit kommt, einige [illegible] und [illegible] [illegible], ohne Inhalt natürlich.

[illegible] von einer Mundharmonika, mit [illegible] im dritten Stock [illegible] [illegible], so kommt er [illegible]. Auf einmal, so um den 4. Januar herum, war's still. [illegible] Die Bauern [illegible] [illegible] näher kommt nur Harmonika. Auf dem [illegible]

„Himmelsareif“(?). Ich will alles tun, nicht in einen solchen [illegible] Himmel zu geraten. Außer [illegible] ihr beiden Weihnachtskinder. Euch geht's wie manchem Kunstwerk: Acht Tage lang freuen ihr die Mitmenschen, und hunderttausend Jahre oder länger seid ihr tot. Niemand redet mehr davon.

Was ich sonst noch sehe, darüber rede ich nicht, die Redaktion würde es sicher streichen, also Schwamm drüber.

Aber da liegt noch so ein glitzerndes kleines Etwas: doch kein Ring oder gar ein Geldstück? Daß mir die Freude verbleibt: Das ist ja ein kleines Teilchen von unseren [illegible]. Ich erkenne genau die Farbe. Und mir hat man vorgeschwindelt: einer sei „schon lange mal weggekommen“. Sieh da, siehe da, Timotheus, die Kraniche des Ibykus. Mir ist so dämlich zu Gemüte ...

Was doch alles so zum Vorschein kommt, wenn der Schnee schmilzt. Das reine Kino ohne Vorzensur.

„Immer hereinspaziert, meine Herrschaften. Hier sehen Sie die Geschichte eines Hauses in dem letzten Monat. Ein Lust-, Schau- und Trauerspiel zum Totlachen. Unter jedem Schneehaufen etwas Neues, etwas Feines, [illegible]. Eintritt frei ...

Der nächste Haufen, bitte ...“

Schmerzlose Geburt durch Hypnose. [illegible] Erfolge sind neuerdings [illegible] der Anwendung von Hypnose bei der Geburt erzielt worden. Wie Dr. Ulrich Franke in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berichtet, hat man in verschiedenen Frauenkliniken darüber wichtige Erfahrungen gesammelt. Bei der Ausübung einer hypnotischen Geburt, bei der die Gebärende in einen hypnotischen Dämmerzustand versetzt wird und dann nicht die geringsten Schmerzen hat, bestehen freilich noch einige Schwierigkeiten. Zunächst muß die werdende Mutter für die Hypnose empfänglich gemacht werden. Das läßt sich durch den behandelnden Arzt in der Sprechstunde leicht erreichen, und zwar ist dies nicht nur bei [illegible] veranlagten Frauen leicht möglich, sondern der erfahrene Arzt kann ohne weiteres jede Frau unter seinen hypnotischen Einfluß stellen. Dazu ist allerdings, wie die Erfahrung lehrt, notwendig, daß der Arzt vorher einige Vorbesprechungen abhält, um sich über den hypnotischen Einfluß Klarheit zu verschaffen, der es auf keine Patienten [illegible]. Irgendwelcher Nachteil ist bei einer solchen Behandlung, die etwa eine Viertelstunde Zeit beansprucht, niemals festgestellt worden. Die Patientin kann sich zu jeder Tagesstunde und von jeder [illegible] Beschäftigung weg einer solchen Sitzung unterwerfen und dann [illegible] ihrer [illegible] [illegible]. Der Arzt muß es so einrichten, daß die Vorbereitungszeit vorüber ist, wenn der Zeitpunkt der Geburt nahegerückt ist. Schwierig ist es, den Arzt zur richtigen Zeit zur Stelle zu haben, damit noch der hypnotische Dämmerzustand herbeigeführt werden kann, der die völlige Schmerzlosigkeit bei der Geburt gewährleistet. Nun ist das Herbeiholen des Arztes meist mit Zeitverlust verbunden, und so trifft er nicht selten einige Minuten zu spät ein. Aus diesem Grunde läßt sich die Hypnosegeburt am besten in einer Klinik vornehmen, wo jederzeit ein in dieser Richtung ausgebildeter Arzt zur Verfügung steht. Dr. Franke hofft, daß es durch Verbesserung der Technik bald gelingen wird, alle Schwierigkeiten zu überwinden, so daß man die Frau auch noch dann, wenn die Geburt schon eingesetzt hat, in Hypnose bringen kann.

Rundfunk rund um die Welt. Die Möglichkeiten, mit Hilfe der drahtlosen Telephonie sich rund um die ganze Welt verständlich zu machen, rücken in greifbare Nähe. Wie englische Ingenieure behaupten, wird es bald so weit sein, daß man mit Ueberwindung der atmosphärischen Hindernisse sich auch den Antipoden verständlich machen kann. Schon jetzt besteht die Tatsache, daß Kalifornien durch Rundfunk mit Australien und Newyork mit Kalifornien sprechen, und auf diese Weise läßt sich eine Verbindung schaffen zwischen London und Australien über Newyork und Kalifornien. Vorläufig ist das freilich noch nicht möglich, aber man hofft, durch Verbesserung der Apparate wenigstens bereits bald so weit zu sein.

Ein Knigge für Diplomaten. In England erfreut sich ein Handbuch des guten Tons unter dem Titel „don't“ (das darf man nicht), weiter Verbreitung. Nach dem Beispiel dieser Anstandslehre hat Sir Esme Howard, der neue britische Botschafter in Washington, jetzt ein „don't“ zum Gebrauch der Diplomaten zusammengestellt und herausgegeben. Unter den hier erteilten Ratschlägen befinden sich die folgenden: „Hüte dich stets, etwas zu schreiben oder zu sagen, was irgendeiner als Beleidigung auffassen könnte. — Schreibe niemals, wenn du wütend oder ärgerlich bist, so berechtigt auch deine Wut und dein Aerger sein mag. — Sorge dich nicht um die stilistische Fassung; die Hauptsache ist und bleibt, daß du deine Gedanken klar und unzweideutig zum Ausdruck bringst.“

Ein Theaterstreik in Wien. Als Protest gegen die am 15. d. M. vorgenommenen Massenkündigungen bei den Wiener Theatern beschlossen die Betriebsräte sämtlicher Privatbühnen einen eintägigen Generalstreik an einem noch zu bestimmenden Tage.

Die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Volkstag für Einführung der Erwerbslosenversicherung.

Viele schöne Worte des Mitgefühls hatten sämtliche Redner der bürgerlichen Parteien in der gestrigen Volkstagssitzung, als von Sozialdemokraten und Kommunisten ein unsäglich trauriges Bild von der Not der Erwerbslosen entrollt wurde. Es wird sich zeigen, ob entsprechende Taten folgen. Der Antrag, allen Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 40 bis 80 Gulden zu geben, schon einmal von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingebracht und von der bürgerlichen Mehrheit des alten Volkstages abgelehnt, stand gestern erneut zur Beratung. Damit verbunden war die Aussprache über die deutschsoziale Forderung nach Vorlage eines Erwerbslosenversicherungsgesetzes.

Abg. Hoffmann (K.) begründete den Antrag auf Bewilligung der einmaligen Wirtschaftsbeihilfe. Die jetzige Unterstützung sei zu gering; mit einem Höchstsatz von 19 Gulden lasse sich eine kinderreiche Familie nicht ernähren. Weiter rügte Redner, daß die Anträge der Erwerbslosenversammlung vom Senat in den Papierkorb geworfen werden und daß die bürgerlichen Parteien keinen Vertreter in die Erwerbslosenversammlung entsenden. Daß die Unterstützungen nicht ausreichend sind, erklärte auch der Abg. Nordwig (D.Soz.) Er forderte gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge durch Einführung einer Erwerbslosenversicherung, zu deren Kosten die Unternehmer und die Arbeiter herangezogen werden sollen. Für die deutschnationale Fraktion gab der Abg. Eichholz eine gewundene Erklärung ab. Sie würde der Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe zustimmen, wenn der Senat erkläre, daß der Freistaat sich die Ausgabe leisten könne. Auch mit der Einführung der Erwerbslosenversicherung sei seine Fraktion einverstanden.

Den Worten müssen Taten folgen.

Abg. Gen. Mau betonte, daß die Sache der Erwerbslosen nicht schlecht stünde, wenn die Deutschnationale Fraktion ihre Worte wahrmachte. Schöne Worte habe man in den letzten vier Jahren genug gehört, trotzdem sei nichts geschehen, um die Lage der Erwerbslosen zu bessern. Jetzt sei endlich Zeit, den Arbeitslosen gerecht zu werden. Die Unterstützungssätze seien zu niedrig, aber noch schlimmer sei, daß nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen die Unterstützung erhalte. Von 8000 Erwerbslosen würden nur 1511 unterstützt. Darin, daß ein großer Teil von Personen existenzlos ist und keinerlei Unterstützung erhält, liege auch die Ursache für die steigende Kriminalität im Freistaat. Redner forderte Erhöhung der Unterstützungssätze. Bei der letzten Heraufsetzung habe man nicht einmal die statistisch errechnete Teuerung berücksichtigt. Aus ganz nichtigen Gründen wurde insbesondere von Gemeinde- und Kreisbehörden die Zahlung der Unterstützung verweigert. Es müsse damit aufgeräumt werden, daß vor Zahlung der Unterstützung erst wochenlang geprüft werde. Gen. Mau fordert Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung, die Erwerbslosenversicherung könne damit verbunden werden. Der Senat soll erklären, wann die Vorlage des Erwerbslosenversicherungsgesetzes erfolgt.

Abg. Hoppe vom Zentrum trat für die Ausschußberatung beider Anträge ein. Die Erwerbslosenversicherung müßte mit dem Arbeitsnachweisgesetz verbunden werden. Die Verbindung mit der Krankenkasse sei seiner Fraktion nicht sympathisch Reichlich unklar waren die Ausführungen des Redners über die produktive Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Lischnewski (K.) appellierte an die Abgeordneten, möglichst rasch zu helfen. Die Erwerbslosen und ihre Familien seien ohne ordentliche Bekleidung, den Unbilden des harten Winters ausgesetzt. Redner kritisierte ferner die Massenentlassung von Arbeitern und das Ueberstundenunwesen auf der Danziger Werft. Der Grundton in den Ausführungen des polnischen Abg. Jedwabski war der gleiche wie bei den Rednern der Linken. Dem Senat machte er den Vorwurf, daß er für Schupo und Zoll Beamte aus Deutschland importiere, obwohl im Freistaat tausende Arbeitslose sind. Abg. Ediger (Aba) war mit der Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe einverstanden. Die Notwendigkeit einer Erwerbslosenversicherung wäre allseitig anerkannt, in anderen Staaten habe man damit gute Erfahrungen gemacht. Er machte den Vorschlag, die Gewerkschaften mit der Durchführung der Erwerbslosenversicherung zu betrauen. Dann sprach der deutschnationale Gewerkschaftler Mayen. Mit großem Pathos sprach er von dem Wiederaufbau der Danziger Wirtschaft, von der Harmonie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von deutscher Tüchtigkeit usw. Großen Wert schien er darauf zu legen, daß die Arbeitslosen für ihre Unterstützung auch Arbeit leisten. Von der Wirtschaftsbeihilfe für die Arbeitslosen sprach Redner jedoch kein Wort.

Ein Verwandlungskünstler.

Abgeordneter Mau stellte fest, daß der Senat trotz ausdrücklicher Aufforderung kein Wort über die baldige Vorlage des Erwerbslosenversicherungsgesetzes gesagt habe. Dann gab er unter lebhafter Heiterkeit des Hauses ein Bild über die politische Entwicklung des Abg. Mayen. 1918 war er Spartakist, 1919 bei der U.S.P., später wurde er Abg. der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung, kam dann zur Deutschen Partei und ist jetzt bei den Deutschnationalen gelandet. Gen. Mau riet dem Verwandlungskünstler, die Ausführungen über deutsche Arbeit und Tüchtigkeit seinen jetzigen politischen Parteifreunden zu halten, die schon wieder neue Saisonarbeiter in den Freistaat holen, trotz der großen Arbeitslosigkeit im Freistaat. Mit dem Vorschlage die Gewerkschaften mit der Durchführung der Erwerbslosenversicherung zu betrauen, war Gen. Mau einverstanden.

Ab. Dr. Kubacz (P.) machte auf die Untergrabung der Volksgesundheit durch die lange Arbeitslosigkeit ohne Unterstützung aufmerksam. Seine Fraktion sei für Bewilligung der Beihilfe und für Einführung der Erwerbslosenversicherung. Der Abg. Lück (D.P.), Dr. Lemke (D.Soz.) und die Abg. Mohn (D.Danz.P.) waren mit den Anträgen einverstanden. Ihre Durchführbarkeit müsse im Ausschuß geprüft werden. Abg. Raube (K.) erklärte, daß die Unternehmer mitschuldig an der großen Arbeitslosigkeit wären, sie müßten deshalb zu den Kosten der einmaligen Beihilfe herangezogen werden. Die Aussprache wurde damit geschlossen. Einstimmig beschloß der Volkstag beide Anträge dem Sozialen Ausschuß zur Beratung zu übergeben.

Die Aufhebung der Warenhaussteuer

forderte den Widerspruch der Deutschnationalen heraus. Es liege kein Grund vor, diese Steuer zu beseitigen, denn sie diene zur Stützung des Mittelstandes. Gen. Leu trat für Aufhebung der Steuern ein. Sie führe zur Verteuerung der Waren, wovon die minderbemittelte Bevölkerung betroffen werde. Dem Mittelstand könne durch solche kleine Mittel nicht geholfen werden. Den gleichen Standpunkt vertrat auch der Abg. Raube (K.). Der Abg. Maier (D.Soz.) wurde bei der Vorlesung eines längeren Schriftstückes, dessen geistiger Urheber sicher ein anderer ist, wiederholt durch Heiterkeit unterbrochen, z. B., als von „dunklen Einflüssen“ und von „schwarzgelockten Interessenten“ die Rede war. Er war selbstverständlich gegen Aufhebung der Warenhaussteuer. Die Abstimmung ergab ebenfalls einen heiteren Zwischenfall, da der deutschsoziale Abg. Herrmann für Aufhebung der Warenhaussteuer stimmte, was eine begreifliche Aufregung unter seinen Fraktionsfreunden hervorrief. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschsozialen und der Deutsch-Danziger Partei wurde die Ueberweisung des Gesetzentwurfes an den zuständigen Ausschuß beschlossen.

Die Aufhebung der Mineralwassersteuer

forderte ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der vom Abg. Leu begründet wurde, mit dem Hinweis darauf, daß diese Steuer die alkoholfreien Getränke stark verteuere, was nicht im Interesse der Alkoholbekämpfung liege Der Senat habe kein Interesse an dieser Steuer, weil die Einnahmen daraus sehr gering sind. Abg. Böcker (D.Nat.) war gegen die Aufhebung der Mineralwassersteuer, bei der großen Steuerreform könne diese Frage mit erledigt werden. Die Abg. Frau Kreft (K.) und der Abg. Polster (D.Danz.P.) traten den Ausführungen des Abg. Leu bei. Die Vorlage ging dann an den Steuerausschuß.

Das Lichtspielgesetz

führte alsdann zu einer kurzen Debatte. Abg. Gen. Müller wies darauf hin, daß dem alten Volkstag ein ähnlicher Gesetzentwurf vorgelegen habe, der von der Sozialdemokratischen Fraktion wegen seiner reaktionären Tendenz bekämpft worden sei. Die Vorlage kam nicht zur Verabschiedung und wurde nun erneut vorgelegt. Auch dem neuen Entwurf steht die Sozialdemokratische Fraktion ablehnend gegenüber; aus zwei Gründen: einmal bringt er eine Zensur über das Lichtspielwesen und ferner soll die Entscheidung über die Vorführung von Filmen in die Hand von Behörden gelegt werden, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Die Zensur sei überflüssig. Den jetzigen Zustand zu ändern, liege kein Anlaß vor. Er bestehe die Gefahr, daß in diesen Prüfungsausschuß ausschließlich Leute mit reaktionärer Gesinnung hereinkommen. Abg. Frau Döll (K.) schloß sich im wesentlichen diesen Ausführungen an, worauf der Gesetzentwurf dem Rechtsausschuß überwiesen wurde. Das Haus vertagte sich sodann auf heute nachmittag 3½ Uhr.

Die Kosten der Schutzpolizei.

Es ist geplant, die Polizei in Zoppot, Oliva und Ohra ab 1. April 1924 zu verstaatlichen. Die Schutzpolizei wird dann folgenden riesigen Umfang haben: 1 Oberst, 2 Majore, 1 Oberstabsarzt, 10 Hauptleute, 1 Oberstabszahlmeister, 1 Stabszahlmeister, 10 Oberleutnants, 1 Oberzahlmeister, 1 Werkleiter, 9 Leutnants, 1 Unterzahlmeister, 1 Werkmeister, 17 Hauptwachtmeister, 42 Zugwachtmeister, 209 Oberwachtmeister, 664 Wachtmeister, 236 Unterwachtmeister, 1 Hausvogt. Diese erfordern an Besoldung im laufenden Jahre 2,1 Millionen Gulden. Außerdem wird noch an Angestellte, Lehrkräfte, Arbeiter und Arbeiterinnen rd. 200 000 Gulden Lohn oder Gehalt gezahlt. Insgesamt betragen die persönlichen Ausgaben für die Schupo 2,3 Mill. Gulden. Weiter sind als notwendig erachtet worden: 10 000 Gulden für Geschäftsbedürfnisse, 12 000 Gulden für Verpflegung, 145 000 Gulden für Bekleidung, 21 000 Gulden für Unterhaltung der 44 Dienstpferde, 50 000 Gulden für bauliche Instandsetzungskosten, 40 000 Gulden für Unterhaltung der Unterkunftsräume, 250 000 Gulden für Heizung usw. der Diensträume, 20 000 Gulden für Sanitätswesen, 143 000 Gulden für Ausrüstung und Dienstgerät. Die Unterhaltung der Polizeischule kostet den Steuerzahlern rund 300 000 Gulden. Insgesamt kostet die Schupo dem Freistaat im Jahre 1924

3,3 Millionen Gulden.

Diese gewaltige Summe reicht jedoch nicht aus, um den polizeilichen Schutz der freistaatlichen Bevölkerung zu sichern, denn außer der blauen Polizei ist noch Ortspolizei vorhanden und außerdem noch eine ganze Anzahl

Landjäger.

Es werden besoldet: 1 Landjägerinspektor, 4 Landjägermeister, 15 Oberlandjäger 28 Landjäger. Sie kosten dem Staate in diesem Jahre rund 200 000 Gulden. Ueberraschend groß ist der Verwaltungsapparat der vollständig überflüssigen

Einwohnerwehr.

Für ihren Leiter besteht ein besonderer Vertrag. Außerdem werden noch 11 Angestellte beschäftigt; welche Arbeiten mögen diese Personen wohl leisten? Sie kosten den Steuerzahler 83 000 Gulden. Für die Teilnahme an den Versammlungen und Schießen erhalten die Mitglieder der Einwohnerwehr insgesamt 15 000 Gulden Vergütung. Mit allen Nebenausgaben macht die Einwohnerwehr dem Freistaate rund 119 000 Gulden Ausgaben. Hier kann abgebaut und gespart werden.

Die Technische Nothilfe

erscheint im Etat mit 6500 Gulden Ausgaben. Die bestreikten Betriebe sollen die „Nothilfe“ besolden. Wenn man dann den Schaden hinzurechnet, den diese arbeitswilligen Streikbrecher anrichten, dann kann die Beschäftigung der Technischen Nothilfe für die betreffenden Unternehmer eine kostspielige Sache werden. Aber zur Beschaffung von Arbeitsanzügen soll der Staat einmalig 10 000 Gulden ausgeben.

An weiteren einmaligen Ausgaben für Polizeizwecke werden außer den vorstehend genannten Beträgen noch 500 000 Gulden angefordert. Jeder freistaatliche Steuerzahler hat mithin eine ganz beträchtliche Summe für den oft nur unzulänglichen polizeilichen Schutz aufzubringen. Hier ist Sparsamkeit am Platze.

Wenig angebracht ist auch, wenn in dem Etat der Verwaltung des Innern Beträge erscheinen für Ehrenpreise für Schützenkönige und Schützengilden! Diese Summen könnten besseren Zwecken dienen. Ueberflüssig sind auch

Oberverwaltungsgericht und Bezirksausschuß,

wo 1 Staatsrat, 3 Oberregierungsräte und 3 Regierungsoberinspektoren „beschäftigt“ sind und insgesamt 46 000 Gulden Kosten verursachen.

Eine Vereinfachung der Kreisverwaltungen erscheint angebracht, denn sie kosten dem Staat rund 97 000 Gulden, woran das Landratsamt Danziger Höhe mit 20 000 Gulden, die Kreise Danziger Niederung und Gr. Werder mit je 33 000 Gulden beteiligt sind. Das Wahlamt erforderte eine Ausgabe von 17 000 Gulden, die Standesämter kosten rund 7000 Gulden.

Bei den Etatsberatungen im Volkstag dürften gerade diese Haushaltspläne Anlaß zu berechtigten Ausstellungen geben.

Das Eistreiben in der Ostsee.

Wenn auch die Eisansammlungen in der Danziger Bucht in den letzten Tagen durch günstige Winde beseitigt worden sind und die Bucht zurzeit vollkommen eisfrei ist, so haben die Schiffe auf ihrer weiteren Fahrt doch noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Aus Stettin wird gemeldet, daß infolge des Südwindes das Eis wieder nach der Küste getrieben ist und die Eisbarrikaden in der östlichen Ostsee zugenommen haben. In der Gegend von Stolpmünde bilden sich wahre Eisberge, die ein Passieren der Schiffe unmöglich machen. Der Dampfer „Herta“, der den Dienst zwischen Swinemünde, Danzig und Pillau versieht, mußte gestern wieder nach Swinemünde zurückkehren. Das Linienschiff „Braunschweig“ ist damit beschäftigt, die Schiffe, die im Eise festgekommen waren, nach Swinemünde einzuschleppen. Das Frische Haff ist ebenfalls für die Schiffahrt gesperrt. Auch auf der Nordsee sind die Eisschwierigkeiten noch im Zunehmen. Die ganze Unterelbe von Hamburg bis Glückstadt ist eine einzige treibende Eisfläche, durch die sich die Dampfer nur mühsam ihren Weg bahnen können. Man hofft jedoch, daß die nächsten Tage eine Besserung der Eisverhältnisse bringen werden.

Die Neuregelung der Beamtengehälter.

Zu der gestern veröffentlichten Mitteilung, daß der Senat die Beamtenbesoldungsvorlage fallen gelassen habe, wird von der Senatspressestelle erklärt, daß der Senat noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt habe. Der Senat würde erst morgen über die Vorlage Beschluß fassen. Wenn weiter auch die Senatspressestelle erklärt, daß die Mitteilung von einer Zurücknahme der Vorlage auf Betreiben einiger Senatoren nicht richtig sei, so steht diese Erklärung im Widerspruch zu den Mitteilungen die Vertreter des Senats in amtlichen Körperschaften gemacht haben. Wieweit sich der Senat der Stellungnahme einzelner Senatoren anschließen wird, dürfte ja die endgültige Entscheidung zeigen. Unsere Behauptung, daß von industrieller Seite gegen die Beamtenbesoldungsvorlage Sturm gelaufen wird entspricht durchaus den Tatsachen, wenn der Senat inzwischen auch zu einer anderen Auffassung gekommen ist.

Das Finanz- und Steuerprogram des Senats.

Der Danziger Senat hat infolge der vielen Wünsche der verschiedenen Kreise der Danziger Bevölkerung nach Vereinheitlichung und Reformierung der Danziger Steuergesetzgebung ein Finanz- und Steuerprogramm aufgestellt. Dieses war bereits in Gestalt von etwa 80 Fragen nebst einem Gesetzentwurf dem Finanzrat zur Begutachtung zugestellt worden. Wie Finanzrat Rodenacker in der letzten Sitzung des Steuerausschusses mitteilte, hat der Finanzrat diesen umfangreichen Fragenkomplex erledigt und das Finanz- und Steuerprogramm am Dienstag dem Senat wieder zugehen lassen. Der Senat gedenkt dieses Programm Ende dieses Monats oder Anfang März dem Volkstage wieder vorzulegen.

Neue Wucherfälle.

Der Händler Gustav Klaschewski in Ohra, Schönfelder Weg 18, forderte am 17. November 1923 in Danzig für minderwertiges Fallobst 20 Pfennige für das Pfund, obwohl dies der Marktpreis für besseres war. Wegen Preistreiberei wurde er rechtskräftig mit 75 Gulden bestraft.

Der Warengroßhändler Walter Goerts in Danzig, Langgarten 79, forderte am 18. Mai 1923 von einem Wiederverkäufer für 25 Seifenriegel a 200 Gramm je 2500 Mk., obwohl der damals gültige Fabrikpreis für Grossisten 1900 Mark, für Kleinhändler 2080 Mk. und für Verbraucher 2500 Mark betrug. Wegen Preistreiberei wurde er mit 100 Gulden bestraft.

Die Händlerfrau Emma Koch in Langfuhr, Hauptstraße Nr. 100, verkaufte am 10. November 1923 Aepfel, die sie selbst zum Preise von 12 Pfennigen für das Pfund eingekauft hatte, an Ort und Stelle für 20 Pfennige je Pfund. Wegen Preistreiberei wurde sie rechtskräftig mit 15 Gulden bestraft.

Die Immunität der Abgeordneten. Der Rechtsausschuß des Volkstages hat sich in zwei Sitzungen mit der Frage befaßt, wann eine Aufhebung der Immunität der Abgeordneten geboten erscheint. Während die Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei sich auf den Standpunkt stellten, daß eine Aufhebung der Immunität der Abgeordneten nur bei gemeinen Vergehen in Betracht kommen kann, standen die Rechtsparteien auf dem Standpunkt, daß bei allen Vergehen und Uebertretungen nichtpolitischer Art die Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten zu erteilen sei. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich schließlich auf diesen Standpunkt. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Retzkowski, wegen Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel, sowie der Frau Abg. Mohn (Deutschdanz. Volksp.), wegen einfacher Beleidigung, wurde versagt. Der Ausschuß hob aber die Immunität des kommunistischen Abg. Raube wegen Vergehens gegen die Bestimmungen über Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf und erteilte den zwei gegen R. vorliegenden Strafanträgen seine Genehmigung.

Volksliederabend des Arbeiter-Bildungsausschusses. Am Sonnabend veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuß in der Schule des Städt. Gymnasiums, am Winterplatz, einen seiner unterhaltenden Abende, wie sie im vergangenen Jahre viel Anklang fanden, in Form eines Volksliederabends. Neben Volksliedervorträgen des Doppelquartetts des Gesangvereins „Freier Sänger“ werden Rezitationen und Lieder zur Laute geboten. Ein Vortrag über das Volkslied geht als Einführung den Darbietungen vorgn. Eintrittskarten zu der Veranstaltung sind im Vorverkauf und an der Abendkasse zu haben. Näheres siehe Inserat.

Ein dunkler Vorfall soll sich nach der Meldung einer hiesigen Zeitung dieser Tage in Danzig ereignet haben. Nächtlicherweile soll bei einem jüdischen Arzt das neben der Tür befindliche Schild entfernt worden und die Stelle mit einem Hakenkreuz beschmiert worden sein. Dadurch sei der Tod eines Kindes verschuldet worden, weil dessen Mutter in der Dunkelheit nicht sofort den Arzt fand. Der deutschsoziale Abg. Lehmann richtete nun an den Senat die Anfrage, ob polizeiliche Ermittelungen die Richtigkeit dieser Meldung ergeben haben, oder ob er sonst bereit ist, den Vorfall aufzuklären. Sollten sich die Angaben als wahr erweisen, dann muß gegen die Täter mit aller Schärfe eingeschritten werden.

Die Mondfinsternis nahm gestern den vorher angekündigten Verlauf. Da der Mond jedoch erst gegen 7 Uhr sichtbar wurde und die Finsternis bereits um 6.56 Uhr ihr Ende erreichte, war eine Beobachtung im einzelnen in unseren Breitengraden nicht möglich.

Der sozialdemokratische Bezirksverein Neufahrwasser veranstaltet am Sonnabend, den 23. Februar, im Gesellschaftshaus ein Wintervergnügen, wozu alle Mitglieder und Freunde der Partei mit ihren Familien eingeladen werden.

Paßermäßigung für Messebesucher. Die deutschen Auslandsvertretungen sind vom Auswärtigen Amt ermächtigt, Personen, die die ernste Absicht des Besuches der Leipziger Frühjahrsmesse nachweisen, einen auf Leipzig und die notwendige Frist beschränkten Sichtvermerk unter Ermäßigung der Gebühr auf die Hälfte zu erteilen.

Tiege. Versammlung der VSPD. Am Sonntag fand die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Tiege statt. Die Versammlung war von etwa 50 Mitgliedern besucht. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Zum Vorsitzenden wurde Gen. Janzen, zum Kassierer Gen. Dombrowski und zum Schriftführer Gen. Franz Fischer gewählt. Sodann hielt Abg. Gen. Mathieu einen längeren Vortrag über das Schreckensurteil über die Schönhorster Landarbeiter. Das Urteil lasse jedes Verantwortlichkeitsgefühl vermissen, weil es unmenschlich sei. Es sei dem Schönhorster Urteil der Stempel einer furchtbaren Klassenjustiz aufgedrückt. Die Versammlung erhob einmütig Protest gegen das Urteil und forderte seine Aufhebung. An die Familien, die auf lange Jahre ihres Ernährers beraubt sind, wurde durch eine Sammlung von Unterstützungsbeträgen besonders gedacht.

Aus dem Osten

Königsberg. Kants zweihundertster Geburtstag am 22. April d. Js. wird von der gesamten Kulturwelt begangen. In ganz besonders würdiger Weise rüstet sich die Königsberger Universität, an der Kant den größten Teil seines Lebens hindurch wirkte, durch Herausgabe einer Festschrift. Dem hohen Zweck der Festschrift entsprechend, behandeln ihre Beiträge dauerndes Interesse heischende Einzelfragen aus der vielseitigen Geistesarbeit des großen Philosophen auf den mannigfachen Gebieten der Geistes- und Naturwissenschaften. In würdiger und geschmackvoller Ausstattung wird die Festpublikation den zahlreichen Verehrern Kants ein Erinnerungszeichen von bleibendem Wert sein.

Königsberg. Nützliche Verwendung einer Brauerei. Die bekannte Brauerei Wickbold ist aus den Händen des Rückforth-Konzerns in das Eigentum einer Berliner Firma übergegangen, um von der nunmehrigen Besitzerin einer neuen doppelten Bestimmung zugeführt zu werden: der Fahrrad- und Möbelfabrikation. Mit der Fahrradfabrik hat ein neuer Industriezweig zum ersten Male in größerem Umfange im Osten festen Fuß gefaßt. Unter möglichst weitgehender Benutzung der vorhandenen Anlagen will man die technischen Vorbedingungen für eine großzügige und allen Anforderungen entsprechende Serienherstellung von Fahrrädern und Möbeln schaffen. Nach den Grundsätzen der modernen Fabrikationstechnik sind die Gebäude so ausgenutzt worden, daß die einzelnen Produktionsphasen unter möglichst geringem Arbeits- und Zeitverlust organisch ineinander greifen, um unter Ausnutzung des Fordschen Prinzips durch Ausschaltung jeder irgendwie unproduktiven Arbeit den Preis des Fertigfabrikats bei erstklassiger Bearbeitung so niedrig wie möglich zu gestalten.

Heilsberg. Der anstößige Fridericus Rex. Ein heftiger Konflikt zieht in Heilsberg seit einigen Wochen erregte Kreise. Der Sportverein führte an seinem letzten Vereinsabend die Operette „Fridericus Rex oder des Königs Nachbarin" auf. Die Kritik der Zeitung lautete dahin, daß das Stück für die Jugend anstößig und unsittlich sei. Die Aufführung sollte noch einmal wiederholt werden. Nun versuchte der katholische Ortspfarrer die Sache zu verhindern. Dem Sportverein wurde mit der Entziehung der Jugendpflege gedroht; es wurde versucht, ihm den Saal zur Aufführung zu entziehen, da es das katholische Vereinshaus war, und dergl. mehr. In der zweiten Aufführung, die bis zum letzten Platz ausverkauft war, entschieden sich die Besucher für das Stück. Zu Störungen kam es nicht. Nunmehr faßten fünf katholische Jugendvereinigungen unter geistlicher Führung eine Protest-Entschließung gegen das Stück. Was muß sich der alte Fritz nach seinem Tode nicht alles gefallen lassen!

Stettin. In der Bäckerei des Stettiner Konsumvereins werden täglich 4000 bis 5000, an manchen Tagen sogar bis 7000 Brote gebacken. Der Betrieb ist der größte und bestreingerichtete der Provinz Pommern. Auf seinem ganzen Produktionswege wird das Mehl bezw. der Teig von keiner Hand berührt. Die zehn modernen Doppelauszugsöfen mit je zwei ein- und ausschiebbaren Herden sind so konstruiert, daß die Heizung vollständig von ihnen getrennt liegt, kein Kohlenstaub, keine Aschenreste und dergl. kommen mit dem Brote in Berührung. Auch die hygienischen und sanitären Einrichtungen für das Arbeitspersonal sind vorbildlich. Die Arbeitsordnung schreibt vor, vor Beginn der Arbeitsschicht das mit Wannen und Brausen ausgestattete Bad zu benutzen. Die Arbeitskleidung wird vom Betrieb gestellt. Neben der Brotproduktion in oben geschildertem Ausmaße, die sich bei größerem Absatz noch bedeutend erweitern läßt, ist auch die seit einiger Zeit wieder aufgenommene Kuchenfabrikation zu erwähnen.

Aus aller Welt

Deckeneinsturz während der Festtafel. Nach Abschluß des tausendsten Konzerts des Schubertbundes in Wien fand im Mozartsaal des Konzerthauses ein Festessen statt, an dem mit anderen Ehrengästen auch der deutsche Geschäftsträger teilnahm. Während der offiziellen Reden senkte sich nach verdächtigem Knistern plötzlich ein Teil der Saaldecke, was die Tischgäste veranlaßte, sich schnell in den nicht gefährdeten Raum des Saales zurückzuziehen. Gleich darauf stürzten etwa 12 Quadratmeter Stukkatur auf die Festtafel herab. Von den Gästen wurde niemand verletzt. Als Ursache des Einsturzes wurde ein Wasserrohrbruch festgestellt.

Die „Entkleidungskommission" in Polnisch-Oberschlesien. Eine sehr traurige Erscheinung ist das Banditenunwesen, das in den letzten Jahren und Monaten in Oberschlesien erschreckende Dimensionen angenommen hat. Es gibt fast keinen Tag, an dem nicht irgend ein Mordfall, ein größerer Raubüberfall oder eine öffentliche Gewalttat zu verzeichnen gewesen wäre. Eine besondere Kategorie bilden das Banditentum, das unter dem Namen „Entkleidungskommission" bekannt ist. Diese Banden überfallen bei Nacht Passanten in menschenleeren Straßen der Städte und Dörfer auf einsamen Wegen und Chausseen und berauben sogar — unter Androhung von Waffengewalt — am hellen lichten Tage friedliche Leute des baren Geldes, der Uhr und der Kleidung. Die Dreistigkeit der Banditen geht soweit, daß sie häufig trotz der herrschenden strengen Kälte die Ueberfallenen vollständig bis zur Nacktheit entkleiden, wie dies neulich mit zwei Ueberfallenen, Bruder und Schwester, geschehen ist, die nackt und barfuß nach Hause zurückkehren mußten. Der Polizei gelang es, eine Reihe der gefährlichsten Banden unschädlich zu machen.

Eine kostbare Briefmarkensammlung gestohlen. Ueber 800 000 Goldmark ist eine Briefmarkensamlung wert, die in diesen Tagen einem holländischen Kaufmann in einem Berliner Hotel gestohlen wurde. Es handelt sich um drei Schaubeck-Alben, die in einem eigens dafür angefertigten verschlossenen Holzkasten aufbewahrt werden. Die Diebe, die den Bestohlenen vermutlich schon längere Zeit beobachtet und es nur auf seine kostbare Sammlung abgesehen haben, brachen den Kasten auf, während sie alle übrigen im Zimmer vorhandenen Werte unberührt ließen. Der Band „Europa" enthält besonders markante Raritäten. Das zweite Album umfaßt Afrika und Asien und enthält insbesondere Ceylon, Uruguay, Saint Vincent, holländische und portugiesische Kolonie, komplett. Album 3 umfaßt Amerika und Australien fast komplett. Die Täter sind offenbar genaue Kenner, die versuchen werden, die gestohlenen Marken einzeln abzusetzen. Auf die Wiederbeschaffung ist eine dem Wert entsprechende Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Gennat im Berliner Polizeipräsidium.

Ein Totenschiff. Seit Dezember wurde der Hamburger Motorschoner „Sonderburg" vermißt, der von den nordfriesischen Inseln nach Hamburg unterwegs war. Es kam die Meldung, daß er in der Nordsee verunglückt war, und das Wrack kieloben in der Nähe der Südspitze der Insel Sylt festlag. Auf dem Wege über das Eis gelang es, an das Schiff heranzukommen, doch war eine Untersuchung nicht möglich. Stürme und Treibeis haben es jetzt über das Vortrab-Tief hinaus nach dem der Insel Amrum vorgelagerten Kniepsand getrieben, und dort liegt der unheimliche Schiffskörper von neuem im Eise fest. Im Schiffsraum eingeschlossen befinden sich unter Eis die zwölf Leichen der Schiffsbesatzung, die bei dem Unglück ihren Tod gefunden hat. Erst bei anderem Wetter kann das Wrack mit den Leichen geborgen werden.

Der Weltschachmeister im Armengrab. Wie wir berichteten, wurde der Weltschachmeister v. Bardeleben am 31. Januar d. Js. auf dem Hofe seines Hauses tot aufgefunden. Man nahm an, daß v. Bardeleben, dem es wirtschaftlich nicht gut ergangen sein soll, einem Unglücksfall oder einem Selbstmord erlegen war. Am 7. Februar wurde der Verstorbene, der aus vielen internationalen Schachkongressen als Sieger hervorgegangen war, und durch Wort und Schrift eine stattliche Schachgemeinschaft ins Leben gerufen hatte, auf dem Anstaltsfriedhof der Stadt Berlin in Buch im Massengrab zwischen Armenhäuslern als Armenleiche begraben. Sein Leichengefolge bestand aus einer kranztragenden Dame, vermutlich einer Angehörigen, und einem einzigen Schüler. Bei der Berühmtheit v. Bardelebens hätte man annehmen dürfen, daß die vielen Schachvereinigungen die moralische Pflicht empfunden hätten, durch Sammlungen innerhalb ihrer Mitgliederkreise die Mittel aufzubringen, um ihrem Meister ein würdiges Begräbnis zu bereiten.

Das verschlossene Königsgrab. Nach einer Reuter-Meldung aus Luxor wurde dem Leiter der Ausgrabungsarbeiten am Grabe Tutankhamons, Carter, von der örtlichen Polizei ein schriftlicher Befehl der ägyptischen Regierung vorgelegt, daß niemand, wer er auch sei, zum Grabe zugelassen werden solle. — Da Carter nach sechsjähriger Arbeit das Grab erschlossen hat, ist die Maßnahme hart und ungerecht. Die ägyptische Regierung sollte sich darauf beschränken, das pietätlose, nur neugierige Reisegesindel von dieser wie anderen Stätten fernzuhalten.

Vierzehn Jahre Zuchthaus für einen Spion. Der fünfte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Handlungsgehilfen Ernst Hans Claus aus Bärenstein im Erzgebirge wegen Spionage zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Claus hatte gemeinsam mit einem gewissen Doehmel einem Ingenieur in Breslau eine Denkschrift über das deutsche Feldeisenbahnwesen abgeschwindelt und gegen ein Honorar von 3 Millionen im Mai 1923 an die Franzosen verkauft. Der Angeklagte hat dann noch weitere Schwindeleien versucht und wurde in Meißen verhaftet. Er spielte zunächst den Simulanten und behauptete, Glassplitter und Löffelstiele verschluckt zu haben, um auf diese Weise ins Krankenhaus zu kommen. Von dort aus glaubte er dann eine leichte Möglichkeit zur Flucht zu haben. Seine Erzählungen wurden ihm aber nicht geglaubt. Gegen seinen Kumpan Doehmel, der noch in Untersuchungshaft sitzt, wird in der nächsten Zeit verhandelt werden.

Vier Tage im Schnee geschlafen. Der Tischler Eder in Hütten bei Eichgraben (Oesterreich) hält seit einigen Jahren Knaben als Pflegekinder. Seit März ist sein Pflegekind ein 12jähriger Knabe, der keine Verwandten hat. Er wurde nicht gut behandelt. Wegen einer Geringfügigkeit war ihm Strafe angedroht; deshalb war er am Dienstag geflüchtet. Kaum war der Knabe im Walde, hat er sich niedergelegt, mit Streu bedeckt und ist eingeschlafen. Einmal erwachte er, er konnte aber nicht gehen, und schlief weiter, und zwar bis Sonnabend. Jetzt erwachte er, und als er einen Telegraphenarbeiter vorübergehen sah, rief er ihn an. Dieser brachte den Knaben zu einem Bauern, es wurde der Arzt geholt und der Knabe nach Wien ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. Es sind ihm Beine und Hände abgefroren. Kein Wunder, da das Kind vier Tage im Walde geschlafen hat.

Der betrogene Khedive. Vor dem Tribunal in Rom beginnt demnächst ein Prozeß, den der ehemalige Khedive von Aegypten, Abbas Hilmi, gegen die Privatsekretäre de Martino und Giraldini angestrengt hat. Die beiden Angeklagten haben den Khediven um Riesensummen betrogen.

Versammlungs-Anzeiger

Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, Am Spendhaus 6, gegen Barzahlung entgegen genommen.
Zeilenpreis 15 Guldenpfennig.

VSPD. Die Bezirksleiter werden ersucht, im Büro Material abzuholen.

V.S.P.D. 2. Bezirk. Donnerstag, den 21. Februar, abends 6½ Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, An der gr. Mühle: Bezirksversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Dr. Kamnitzer. 2. Bericht vom Vertretertag. Zahlreichen Besuch erwartet
Die Bezirksleitung.

V.S.P.D., Bezirk Troyl. Donnerstag, den 21. Febr., abds. 6½ Uhr, im Lokal Claßen, Heubuder Straße 1: Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Gen. Rahn. 2. Gründung eines Bezirks „Troyl" und Wahl des Vorstandes.

VSPD, Bezirk Zoppot. Donnerstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr im Bürgerheim, Bauernstube, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktion und des Vorstandes werden gebeten, eine Stunde vorher zu einer wichtigen Besprechung zu erscheinen.
Der Vorstand.

V.S.P.D., 8. Bezirk, Niederstadt. Donnerstag, den 21., abds. 7 Uhr, Langgarten 97: Wichtige Funktionärversammlung.

Verein Arbeiter-Jugend, Danzig, Donnerstag, den 21. Februar, Vortrag des Gen. Reimer über Feuerwehrwesen.

D.M.V. Klempner und Installateure. Freitag, den 22. Februar, im Bureau des D.M.V.: Zahlabend. (12037
Die Branchenleitung, Clechowitz.

Staatsanwalt Jordan.

49) **Roman von Hans Land.**

Es belebte, es beflügelte Jordan, alle diese Vorbereitungen zu treffen. Er war auf der Flucht vor etwas. Irgend etwas trieb ihn mit Macht, rasch die Stadt zu verlassen.

Diese Unrast hatte sich gesteigert, nachdem er das amtliche Aktenstück beiseite gebracht hatte. Sein Gewissen plagte ihn nun doch, und er bemerkte so etwas wie die [illegible]

An diesem Morgen war er im Dienste jedesmal zusammengefahren, wenn es an der Tür seines Amtszimmers klopfte. Jede Telephonmeldung machte ihn erbeben. Er fürchtete in jedem Augenblick eine Anfrage nach dem verschwundenen Aktenstück.

Nur fort — fort von Berlin!

Noch ein Zweites zwang ihn zur Eile. [illegible]

[illegible] — die Ueberraschungen waren [illegible]

[illegible]

Er trug dem Diener auf, den großen Reisekoffer mit Kleidung, Wäsche usw. für vier Wochen zu packen. Der große Reiseanzug sollte im Schrank bleiben, den wollte er unterwegs tragen. Der Koffer sollte heute nachmittag nach dem Potsdamer Bahnhof gebracht, die Quittung der Ablieferung und die Kofferschlüssel sollten auf seinen Schreibtisch gelegt werden.

Nun zu Herta.

Er brannte darauf, sich seinen Dank vor ihr zu holen, und sicherte zur Erwartung, zu sehen, wie seine Opfertat auf sie gewirkt habe. Ob die Dankbarkeit sie wohl zwingen [illegible]

Jetzt ließ Jordan sich mit Herta telephonisch verbinden [illegible] Das Amt bestätigte dreimal, daß sich der Teilnehmer des geforderten Anschlusses nicht melde. Jordan erschrak heftig, denn es war die Zeit, um die er gewöhnlich mit Herta zu telephonieren pflegte.

War sie nicht zu Hause?

Weshalb meldete sich die Köchin nicht wenigstens.

[illegible] machte sich Jordan auf den Weg zu Herta. Er fand die Fenster der Wohnung dunkel. [illegible]

War er schon überlistet, schon betrogen?

War Herta über alle Berge, nachdem er das [illegible]

[illegible] — sie war leicht und beschwingt. [illegible]

[illegible]

[illegible] — er war es.

[illegible]

Hier waren Veränderungen geschehen, von gestern auf heute, Vorgänge, die hinter seinem Rücken sich vollzogen hatten. Während er hinging und Aktenstücke für sie stahl, hatte die Schlaue hier einfach reinen Tisch gemacht, das Mädchen entlassen, die Wohnung verschlossen — und mit dem jungen Galan sich aus dem Staube gemacht . . .

Er hatte eine Empfindung, als versänke er ins Bodenlose, als diese Erkenntnis über ihn kam. Aufheulen hätte er mögen vor Wut und Schmerz. Auf den Leim gegangen, genarrt, geneasführt von zwei Kindern — er — der gewiegte Kriminalist — wie ein Tölpel aus der dunkelsten Provinz. Und dann machten sie sich beide weidlich lustig über ihn, den alten Esel, der so kinderleicht hineinzulegen gewesen.

Er schrie und höhnte. Aber Gewißheit — Gewißheit wollte er haben. Den Portier wollte er fragen, ob das Fräulein etwa abgereist, wohin ihr Dienstmädchen geraten sei . . .

Er wandte sich zur Haustür zurück, um den Portier herauszuklingeln, da sah er drüben auf der anderen Seite der Straße im ungewissen Lichte der Laterne einen Mann im Zylinder und wallenden Künstlermantel, einen jungen Menschen, dessen Blässe pierrothaft über die Straße leuchtete. Er blickte zu Hertas dunklen Fenstern hinauf, genau wie Jordan selbst das vor wenigen Minuten getan — vielleicht auch mit dem gleichen Ausdruck des Leidens — der Enttäuschung . . .

Wer war das doch, der wie ein Doppelgänger von Jordans Qual zu Hertas leeren Fenstern hinauftrauerte?

Mit einem entschlossenen Ruck wandte Jordan sich um, [illegible] über den nassen Fahrdamm zu jenem Mann hinüber, der [illegible] den Hut zog . . .

„Sie . . . Sie . . . Sie . . ." stammelte Jordan, „Sie — Herr . . . Herr van Geldern? . . ."

Es war der Komponist. Er sah schrecklich blaß wie ein Kranker aus und starrte mit großen, erschreckten, leiderfüllten Augen auf Jordan.

Dieser lüftete den Hut, und an den jungen Mann herantretend, sagte er höflich: „Wollen Sie mir einige Fragen, Fräulein Hofer betreffend, beantworten?"

„Gern, Herr Staatsanwalt."

Jordan atmete auf. Eine Zentnerbürde fiel ihm vom Herzen. Seine Annahme, Herta könnte mit diesem jungen Menschen geflohen sein, zerstob in nichts. Zudem beruhigte ihn die höfliche und zuvorkommende Art des Komponisten, der sicherlich davon unterrichtet war, was Jordan mit der Unterdrückung der [illegible] Denunziation für ihn getan hatte. Hier war also ein Verbündeter, ein Mensch jedenfalls, den man befragen, von dem man die nächsten und dringendsten Auskünfte erhalten konnte . . . (Forts. folgt.)

Wirtschaft, Handel, Schiffahrt

Die Ostmesse in Königsberg. Die achte deutsche Ostmesse, die am Sonntag in Königsberg eröffnet wurde, muß als die erste richtige Messeveranstaltung bezeichnet werden. Ihre Vorgängerinnen beruhten in der Inflationszeit meist auf Scheingewinnen, über deren Wert man geteilter Meinung sein kann. Jetzt erst werden reale und stabile Geschäfte gemacht. Da diese Messe zugleich die erste deutsche Messeveranstaltung nach der Umstellung auf die Rentenmark ist, kommt ihr eine ganz besondere Bedeutung bei, die sich in der Zahl von Ausstellern und dem starken Zuspruch der Einkäufer kundtut. Der Besuch aus der Provinz ist überaus groß. Allerdings zeigt sich Geldknappheit. Das Ausland ist nicht so stark vertreten wie sonst, aber immerhin ist eine erhebliche Zahl erschienen, obwohl die Kosten einer Einkaufsreise von den Randstaaten nach Königsberg sich vervielfacht haben. Die auf der Messe geforderten Preise sind Weltmarktpreise, zum Teil noch darüber. Die Einkäufer aus Lettland, Litauen und Estland begnügten sich am ersten Tage meist mit Informationen. Aus der Inflationszeit sind überhaupt die Randstaaten noch mit Waren vollgestopft, so daß ihre Aufnahmefähigkeit jetzt gering ist. Im einzelnen wurde nach Textilien am meisten gefragt. In der Lederhalle herrschte Begehr nach Durchschnittsware. In Haus- und Küchengeräten ist das Geschäft rege. Für Handwerksmaschinen, elektrotechnische Artikel und Neubeiten sowie im Baubedarf zeigte sich starkes Interesse. Uneinheitlich war die Tendenz in Nahrungs- und Genußmitteln sowie Musikinstrumenten. Auf der Papiermesse wurden billige Papierwaren lebhaft gekauft. In Chemikalien waren die Abschlüsse bescheiden.

Holländische Finanzierung der deutschen Textilindustrie. In Amsterdam ist dieser Tage die Wollfinanzgesellschaft (Wool Finance Corporation) gegründet worden, deren Zweck es ist, der deutschen Textilindustrie langfristige Kredite zur Finanzierung ihrer Rohmaterialbezüge zur Verfügung zu stellen. Das Kapital ist festgesetzt auf 15 Millionen Gulden, wovon vorläufig 4 Millionen Gulden ausgegeben und voll eingezahlt sind. Gründer sind die Wollimportfirma Fuhrmann u. Co., Amsterdam, die Wollimportfirma König, Günther u. Co. Succes, Amsterdam, die Rotterdamsche Bankvereeniging, Amsterdam und eine Gruppe Londoner Banken. Es sollen Unterhandlungen über eine weitere Ausdehnung der Gesellschaft im Gange sein.

Wucherbekämpfung in England. Das englische Kabinett übermittelt der Presse folgende Information: „Das Kabinett hat aus verschiedenen Teilen des Landes Nachrichten erhalten, daß die Preise für Fleisch und andere Lebensmittel erhöht worden sind, und zwar zwischen 33⅓ und 50 Prozent. Für diese Erhöhung besteht kein Grund, außer der Sucht der Kaufleute, von dem Publikum ungerechtfertigte Preise zu verlangen." Die Justizbehörden sind aufgefordert worden, alle notwendigen energischen Maßnahmen zu ergreifen, um einer Ausbeutung der Verbraucher infolge des gegenwärtigen Streiks entgegenzutreten.

Polnisch-holländischer Handelsvertrag? In Warschau finden gegenwärtig Verhandlungen über einen polnisch-holländischen Handelsvertrag statt. An den Beratungen nehmen teil der polnische Handelsminister Kiedron und der holländische Gesandte Baron Asbeck.

Der Welt-Ueberschuß an Weizen. Auf Grund genauer Schätzungen werden die Ueberschüsse der Hauptweizengebiete für die Vereinigten Staaten mit 24 Millionen, Canada mit 46, Australien mit 10, Argentinien mit 27, für Indien, Rußland, die Donauländer und die Mandschurei mit 10 Millionen Quarters angegeben. Der Weltmarkt verfügt also über einen Weizenvorrat von nicht weniger als 117 Millionen Quarters. Davon können schätzungsweise aufnehmen Großbritannien und Irland 28 Millionen, Frankreich 4,5, Belgien 5, Holland 3, Deutschland 7, Italien 8, Deutsch-Oesterreich 2, Spanien und Portugal 1,5, Griechenland, die Schweiz und die anderen europäischen Länder 6 und die nichteuropäischen Weizenimportländer zirka 18 Millionen Quarters. [illegible] rund 84 Millionen Quarters. Davon sind bereits [illegible] am 1. August 1923 begonnenen Ernte rund 41 Millionen Quarters nach Europa verschifft worden, wodurch sich der Frachtenmarkt, der an und für sich flau und still liegt, belebte. Augenblicklich sind zahlreiche europäische Schiffe, mit Balast beladen, auf der Fahrt nach den außereuropäischen Weizengebieten, um den Zuschußbedarf nach Europa zu überführen. Bekanntlich ist die gute Getreideernte in der Welt eine der Hauptursachen für die in Erscheinung getretene deutsche Agrarkrise und den Rückgang der Weizenpreise in Deutschland. Nun hat sich in der letzten Zeit auf den Produktenbörsen gerade eine Versteifung der Weizenpreise geltend gemacht. Für diese anziehende Tendenz ist sicher ausschlaggebend, daß der Kreditbedarf der Landwirtschaft nicht mehr so brennend ist wie in den letzten Wochen. Dadurch verringert sich natürlich das Angebot.

Ein italienisches Konsortium in Polen. Dieser Tage ist ein Abkommen zwischen der polnischen Regierung und dem italienischen Konsortium „Consorzio Mercantile Italiano" unterzeichnet worden. Das Abkommen betrifft die Verpachtung fiskalischer Kohlengelände in Oberschlesien. Das italienische Konsortium zahlt der Regierung einen jährlichen Pachtzins von 8 bis 10 Millionen Lire. Nach Ablauf des Pachtvertrages gehen sämtliche Grubenanlagen in den Besitz der polnischen Regierung über.

Ein englischer Kredit für Jugoslawien. Die Belgrader Industriezentrale verhandelt derzeit mit englischen Geldgebern über einen Kredit für die jugoslawische Industrie, im Betrage von 23½ Millionen Pfund Sterling. Die Verzinsung soll im ersten Jahre 17 Prozent, in den folgenden Jahren um drei bis vier Prozent weniger betragen. Wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten" hierzu erfährt, sollen für die Anleihe Wechsel und Hypotheken auf jugoslawische Fabrikbetriebe als Sicherstellung hinterlegt werden. Die Tilgung soll in 10 Jahren erfolgen. Die Verhandlungen nähern sich ihrem Abschluß.

Trinkt Schmalenberg's Weinbrand
aus reinen Weinen gebrannt
J. Schmalenberg, Aktien-Gesellschaft
Weinbrennerei und Spritfabrik, Danzig

Möbelfabrik „Merkur" G. m. b. H.
Telephon-Anschluß: Nr. 2590 und 5851
Verkaufsraum: III. Damm 2
Große Auswahl in
Herrenzimmern, Speisezimmern u. Schlafzimmern
in einfachster bis elegantester Ausführung

Danziger Aktien-Bierbrauerei
empfiehlt
Fassbier:
Artusbräu · Exportbier · Danziger Salvator
und Original-Flaschenbier-Abzug

Hotel Danziger Hof
Größtes Haus am Platze
Wintergarten :: Tanzpalais
Elegantes Weinrestaurant — Fockingstube
Deutsch-russisch. Kabarett „Feuervogel" Erstklassiges Kabarett
Bonbonniere Größte u. eleganteste Bar im Freistaat

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!
(D) **Danziger Fernverkehr.**
Danzig—Bromberg—Thorn—(Posen—Warschau).

Danzig ab	300,	730,	308,	D 625,	815, D 845
Bromberg an	740,	112,	792,	„ 933,	114 —
Thorn an	—	241,	848,	—	245 —
Posen „	—	808,	—	D 1052,	650 —
Warschau „	—	935,	—	—	1035, D 703

L. Cuttner Möbel-Fabrik Danzig
L. Cuttner Möbel
Ausstellungsräume Elisabethwall 4—6 Langer Markt 9-10
Gegründet 1852 Fernruf Nr. 764

Seidels KONDITOREI UND CAFÉ MOKKA-SALON im Parterre
Das elegante **LUXUS-CAFÉ** in der 1. Etage
Breitgasse 8-9 Telefon 3283

„IDEAL" Schreibmaschinen
Felix Jacobsohn, Langgasse Nr. 37,
Fernsprecher 571.

Crefelder Seidenhaus
Große Wollwebergasse 15
Telephon Nr. 3585
Erstes Haus für alle Seidenstoffe, Kleider- u. Mantelstoffe, Samte, Voiles glatt u. bedruckt

Alexander Barlasch
DANZIG, Fischmarkt 35
Arbeiter - Konfektion
Textilwaren jeder Art
in nur reellen Qualitäten.

Bierbrauerei Leonhard Waas
empfiehlt
helle u. dunkle Qualitäts-Lagerbiere
Danziger Porterbier

Molkerei Friedrich Dohm G. m. b. H.
Filialen:
Altstädt. Graben 25, 7/8, Haustor 1, Kassubisch. Markt 1c, Langgarten 103, Meizergasse 4
Kohlengasse 5, Schild 15, Schichaugasse 8, Pfefferstadt 42, II. Damm 1, Rähm 13/14
Stadtgebiet: Langfuhr, Hauptstr. 119, Neuschottland 15, Schidlitz, Karth. Str. 107, Zoppot, Danzig. Str. 55, Seestr. 44, Oliva, Klosterstr. 4

Max Hirsch & Co.
I. Damm Nr. 2
Haus für eleg. Herrenbekleidung

Unsere Mehlhandlung An der Großen Mühle 7
liefert Qualitätsmehle: Weizenmehle, Roggenmehle, Weizengrieß, ferner alle Futtermittel
H. BARTELS & Co., G. m. b. H., Große Mühle

Textilbank A.-G. Danzig
Töpfergasse 23 24 Fernspr. 7060 u. 7061
Spezialverkehr mit der Lodzer Textil-Großindustrie

Kenner fordern Kühne's Essige aller Art, Tafel-Mostrich, Delikateß-Sauerkohl
Feinschnitt mit Champagner-Säure
Alleinige Fabrikanten: C. W. Kühne, Essig-, Mostrich- und Konserven-Fabrik, Danzig, Thornscher Weg 11a

Danziger Brotfabrik G. m. b. H.
Rittergasse Nr. 7—8
Brotfabrikation und Feinbäckerei

Danziger Bank für auswärtigen Handel
Aktiengesellschaft
Große Wollwebergasse Nr. 1

Felle aller Art kaufe zu höchsten Tagespreisen!
FRANZ BOSS
Danzig: Holzmarkt 5 — Langfuhr: Hauptstraße 124

Gewerkschaftliches u. Soziales

Der freigewerkschaftliche Zusammenschluß der Beamten. Die Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: „Die am 17. Februar tagende Konferenz der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft sieht als Grundlage zukünftiger erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit die organisatorische Vereinigung des Personals der Verkehrsbetriebe an. Auf dem Wege zu diesem Ziel liegt der Zusammenschluß der im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vereinigten freigewerkschaftlichen Post- und Eisenbahnbeamten innerhalb der Organisation Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, Deutscher Eisenbahnerverband, Deutscher Verkehrsbund, und Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft zu einer engeren Interessengemeinschaft. Der geschäftsführende Vorstand der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft wird deshalb beauftragt, in Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten die Vorarbeiten zur Lösung dieser Aufgabe zu leisten. Der Zusammenschluß der vier Organisationen zu einer engeren Interessengemeinschaft soll die Möglichkeit zur Werbung für die freigewerkschaftliche Bewegung innerhalb der Post- und Telegraphenbeamtenschaft fördern helfen. Deshalb soll oberster Grundsatz einer organisatorischen Verbindung sein, daß diese auch der Entwicklung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft Rechnung trägt. In jedem Falle wird die organisatorische Verbindung mit der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten als erstrebenswert angesehen.

Streik auf den Hamburger Flußschiffswerften. Die auf den Hamburger Flußschiffswerften beschäftigten Arbeiter hatten eine Lohnerhöhung von 45 bis 60 Pfennige je Stunde verlangt. Diese Forderung wurde von den Arbeitgebern als unannehmbar abgelehnt. Auf Veranlassung des Schlichtungsausschusses erklärten sich die Arbeitgeber zu nochmaligen Verhandlungen bereit, verlangten jedoch eine Verlängerung der Arbeitszeit bei einer etwaigen Lohnerhöhung. Diese Forderung wurde von den Arbeitern zurückgewiesen und in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen.

Die Arbeitgeberoffensive in Norwegen. Wie bereits gemeldet hat der Arbeitgeberverband in Norwegen 30 000 Mann ausgesperrt, und zwar umfaßt die Aussperrung das Baufach, Kristiania Mörtelwerk, Schuhfabriken, Textilfabriken, Tabakfabriken, Bergwerke, Sägewerke, Möbeltischler, Schneider, Sprengstoffindustrie. Die Aussperrung weiterer 24 000 Arbeiter war angekündigt, falls die Arbeitergewerkschaften nicht die Bedingungen der Arbeitgeber annehmen. In den Ausgesperrten komen die Hafenarbeiter, die seit drei Wochen streiken, und die Arbeiter der Papierindustrie, die von der norwegischen Gewerkschaftszentrale in den Sympathiestreik für die Ausgesperrten gerufen wurden, so daß der Kampf insgesamt 60 000 Arbeiter umfaßt bezw. bedroht. Seinen Ausgang nahm der Kampf von dem Streik der Hafenarbeiter. Um diesen zu beendigen, hatten die Gewerkschaften die gesetzlich in Norwegen vorgeschriebenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufgenommen und wurden, da diese eine generelle Regelung der Streiklage wünschten, vom Hauptvorstand der Arbeitnehmer zu Hauptvorstand der Arbeitgeber verbandelt. Bei dieser Verhandlung verlangte der Arbeitgebervorstand plötzlich eine allgemein gültende Verpflichtung dahin, daß sowohl von Arbeitgebern wie von der Gewerkschaftszentrale eine Summe Geldes deponiert werde, die bei unnötigen und wilden Streiks von den Arbeitgebern als Strafgeld eingezogen werden könne. Und zwar sollten die Gewerkschaften finanziell nicht nur für ihre Mitglieder, sondern sogar für die Streiks Unorganisierter haften! Diesen Vorschlag lehnten die Gewerkschaftsvertreter natürlich ab, die Antwort war die Aussperrung!

Die Gewerkschaften in Rußland. Die Mitgliederzahl der russischen Gewerkschaften stieg von 4 546 000 am 1. Oktober 1922 auf 5 541 000 (d. h. um 21,9 Prozent) am 1. Oktober 1923. Am stärksten konnte die Zunahme des Industrieproletariats in Petersburg und im Donezgebiet verzeichnet werden. 50 Prozent der gesamten Gewerkschaftsmitglieder entfallen auf diese zwei wichtigsten Industriezentren Rußlands. Die stärkste Zunahme weisen die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie mit 84,2 Prozent, die Zuckerindustriearbeiter mit 54,8 Prozent., die Bauarbeiter mit 46,2 Proz. und die Sowjetangestellten mit 35,7 Proz., die kleinste der Eisenbahner mit 3,8 Prozent auf.

Speditions- und Transportgesellschaft
„VEREINIGTE SPEDITEURE"
M. B. H. DANZIG
Telefon: Nr. 314, 6436 Brotbänkengasse Nr. 26 Tel.-Adr.: „Dankro"
Spedition, Kommission, Verzollung, Lagerung, Versicherung, Inkasso
Die besten Verbindungen mit Speditionsfirmen an jedem Handelsplatz im in- und Auslande

BRILLES
Julius Brilles A.-G.
Schuhfabriken
Danzig * Bydgoszcz

Banku dla Handlu i Przemysłu w Warszawie
Oddział w Gdańsku
Reitbahn 18
Telephon Nr. 3698, 3699, 7297
Telegramm-Adresse: Bankwar.

„Polbal"
Polskie Bałtyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe S. m. b. H.
Danzig, Breitgasse 22/23
Telegramm-Adresse: „POLBAL" Tel.: 3255, 3960, 3961, 3962, 5422
Eigene Kalkspeicher sowie große Lager für Holz, Stück- u. Massengut

Danziger Holz-Kontor
Aktiengesellschaft
Milchkannengasse 28-29

Aktiengesellschaft für Holzinteressen
Danzig, H. Damm 18
Telephon Nr. 3809, 3240
Lagerplatz und Sägewerk: Weichselmünde · Tel. 3715
Telegr.-Adr.: Holzinteressen Danzig
Spedition u. Lagerung v. Hölzern aller Art · Leihschnitt

Hugo Birkenfeldt
HOLZ-GROSSHANDLUNG
Danzig-Langfuhr, Neuschottland 19
Telefon 3681 · Telegr.-Adr.: Holzbirkenfeldt

„OIKOS"
Danziger Möbelindustrie und Holzbearbeitung A.-G.

Kiewe & Co.
DANZIG
Jopengasse Nr. 4, 2 Treppen
Textilwaren-Grosshandlung.

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz! Ohne Gewähr!
(E) Danziger Fernverkehr.
Danzig Hbf.—Dirschau und zurück.
Danzig ab 3⁰⁰, †6⁵⁰, 6⁵⁰, 10⁴⁰, †1¹⁴, 1⁰⁰, W3⁰⁰, D6⁰⁰ D6²⁵, 7¹¹, D8⁰⁰, 8¹³, 8⁴⁵, 10²⁰.
Dirschau an 4²⁵, †—, 7⁴⁰, 11⁰⁰, †—, 2⁰⁰, W3⁰⁰, D6⁰⁰, D7⁰⁰, 8²¹, D8²¹, 9¹², 9²³, 11³⁰.
Dirschau ab 12⁰⁰, 4²⁰, W7⁰⁰, †—, D7⁴⁰, 7⁵⁰, D8⁴⁰, D9⁰⁰, 9⁴⁴, D10⁰⁰, 1⁰⁰, †—, 5¹², 5²⁰.
Danzig an 1⁰⁰, 6⁰⁰, W7⁴⁰, †5¹⁰, D8⁰⁰, 9⁰⁰, D9⁰⁰, D9⁴⁰, 11⁰⁰, D11⁰⁰, 3¹¹, †3⁴⁰, 7¹¹, 9²².
Danzig—Hohenstein—Berent.
Danzig ab 3⁰⁰, 6⁵⁰, 1¹⁴, 7¹¹. Berent ab 4⁰⁰, 5⁰⁰, 12⁰⁰, 5²⁰.
Es bedeutet: D=D-Zug, T=Triebwagen, †=Fährt nur bis Hohenstein.

Erfurth & Gillis
G. m. b. H.
Danzig, Pfefferstadt 1
Telegr.-Adr.: Ergillis · Telefon 5434, 5936
Fahrräder :: Nähmaschinen :: Zubehörteile
en gros
Motorräder, Kleinkrafträder, Einbaumotore
Das führende Engroshaus des Ostens
Eigenes neues Geschäftshaus Paradiesgasse 14 wird Anfang 1924 bezogen

Walter Kohn
Textilwaren-Großhandlung
DANZIG
Fernsprecher 3430 · Jopengasse 24

Alexander & Lewin
Langgasse Nr. 26/27
Textilwaren
En gros :: Export
Spezialität: Damen-Kleiderstoffe und Voiles
Generalbevollmächtigte für M. SIEG & CO., Berlin

DAGOMA
Konserven
Marmeladen
Kunsthonig

Delos . . ohne Mundstück 2 Guldenpfennig
Roland . Gold 3 Guldenpfennig
Bon ton Gold 5 Guldenpfennig
Minos . . Gold 7 Guldenpfennig
sind die beliebten Marken der
Zigarettenfabrik „Hellas"
DANZIG

Leo Neumann
Webwarengroßhandlung
Leo Neumann & Herz A.-G.
Textilwaren-Export und -Anfertigung
Danzig, Dominikswall Nr. 12

Rudolf Prantz, Danzig
IMPORT Hopfengasse Nr. 29 EXPORT
Telephon Nr. 3394 und 3395
Getreide, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte, Saaten, Kolonialwaren

Bukofzer & Co.
Vorstädtischer Graben 1c
Kurz- und Wirkwaren-Großhandel

Danziger Essigsprit- und Mostrich-Fabrik
R. HAFFKE & CO.
Telephon 783 :: Kontor und Fabrik: Gr. Schwalbengasse 34
Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

Albert & Bruno Fischer
Danzig, Heumarkt 4
Schürzen- und Wäschefabrik

Johs. P. Uhlitzsch
Königsberg i. Pr., Weidendamm 4
Fernsprecher Nr. 8135
Danzig, Altstädtisch. Graben 19/20
Fernsprecher Nr. 5148
Wäschefabrik
Fabrikmarke in Herrenkleidern und Sportjacken

Pensinger & Co.
IMPORT Textilwaren EXPORT
TRANSIT
DANZIG
Breitgasse Nr. 124
Telephon: Danzig Nr. 4667
Telegr.-Adresse: „Pensinger"
FRANKFURT a. M.
Kaiserstraße Nr. 73
Telephon: Hansa Nr. 4525
Telegr.-Adr.: „Pensingerfm"
Vertreter der Firma S. PENSINGER, London E. C. 1, 71, Fenchurch Street
Ständige Lager in DANZIG, POZNAN, KRAKOW, LWOW

Walter Goldstein
DANZIG
Faulgraben Nr. 18/19
Telephon Nr. 3140
Leinen- u. Baumwoll-Waren en gros

Danziger Nachrichten

Die Verwaltung der Unfallgenossenschaft.

Wahl der leitenden Organe.

Nachdem am Ende des vergangenen Jahres die mit dem Deutschen Reich bisher verbundene Sozialversicherung vollständig auf eigene Füße gestellt worden ist, wurde auch die Unfallversicherung hiervon betroffen. Durch Gesetz vom 26. Oktober 1923 wurde die Errichtung einer Berufsgenossenschaft für die Freie Stadt Danzig beschlossen. Auf Grund dieses Gesetzes ist als Träger der gewerblichen und der See-Unfallversicherung im Gebiete der Freien Stadt Danzig die „Unfallgenossenschaft Freie Stadt Danzig" mit ihrem Sitz in Danzig errichtet worden. Diese Genossenschaft erstreckt sich über das ganze Gebiet der Freien Stadt und umfaßt, im Gegensatz zu den bisherigen deutschen Berufsgenossenschaften, **sämtliche** durch die Reichsversicherungsordnung der gewerblichen und der Seeunfallversicherung unterstellten Betriebe. Auch landwirtschaftliche Betriebe als Nebenbetriebe unterliegen ebenfalls der Versicherung bei der Unfallgenossenschaft, wenn in ihnen Personen überwiegend in gewerblichem Betriebe tätig sind. Bisher existierten in Deutschland einige Dutzend von Sektionen dieser Berufsgenossenschaften. Dafür werden in Danzig 5 Fachgruppen von Gewerbezweigen errichtet. Zur Fachgruppe 1 gehören: Eisen und Stahl erzeugende und weiterverarbeitende Industrien, Waggonbauanstalten, Industrien der Feinmechanik und Elektrotechnik, Edel- und Unedelmetallindustrien, Musikinstrumentenindustrien jeder Art, Gas- und Wasserwerke. In Fachgruppe 2 sind zugeteilt: Das gesamte Baugewerbe und verwandte Berufe, das Töpfereigewerbe, Tiefbaubetriebe, Steinbruchbetriebe, Ziegeleibetriebe, Schornsteinfegergewerbe und die gesamte Holzindustrie. In Fachgruppe 3 sind eingeschlossen das gesamte Verkehrs- und Handelsgewerbe mit Ausnahme der Schiffahrt, Postbahnen, Straßen- und Kleinbahnen. Der Fachgruppe 4 gehören an die gesamte Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Leinen-, Textil-, Bekleidungsindustrie, keramische Fabriken und die Glasindustrie, Buchdruckbetriebe und lithographische Anstalten und die chemische Industrie. Zur Fachgruppe 5 gehören die Schiffahrts- und Fischereibetriebe aller Art. Die Nebenbetriebe werden in der Fachgruppe des Hauptbetriebes geführt.

Die Organe der Genossenschaft sind der Genossenschaftsvorstand und die Genossenschaftsversammlung. Der Genossenschaftsvorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Mitgliedern. Den geschäftsführenden Vorsitzenden ernennt der Senat. Seine Bezüge trägt zu einem vom Senat festgesetzten Teile die Genossenschaft. Ernannt ist der von Berlin aus der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach hier geholte Regierungsrat Dr. Frank, der zugleich die Angestelltenversicherung der Freien Stadt Danzig leitet. Den Vorsitzenden wählt die Genossenschaftsversammlung durch Stimmenmehrheit, zu seinem Stellvertreter wird vom Genossenschaftsvorstand ein anderes Vorstandsmitglied bestimmt. Die fünf ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder werden von den Vertretern der einzelnen Fachgruppen in der Genossenschaftsversammlung gewählt, und zwar hat jede Fachgruppe ein Mitglied und einen Stellvertreter zu wählen. Die Wahlzeit der Vorsitzenden und der ehrenamtlichen Mitglieder wie deren Stellvertreter beträgt vier Jahre. Als vorläufiger Vorsitzender ist Kommerzienrat Sieg gewählt worden.

Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich, er hat der Genossenschaftsversammlung alljährlich über die Verwaltung der Genossenschaft im abgelaufenen Jahre Bericht zu erstatten und spätestens zwei Wochen vor der ordentlichen Genossenschaftsversammlung über die gesamte Vermögensverwaltung des letzten Jahres Rechnung zu legen und eine Vermögensübersicht aufzustellen.

Die Genossenschaftsversammlung besteht aus Vertretern der einzelnen Fachgruppen, und zwar wählt jede Fachgruppe für jede angefangenen 1000 Vollarbeiter einen Vertreter und zwei Ersatzmänner. Die Fachgruppe muß jedoch mindestens drei Vertreter und 4 Ersatzmänner umfassen. Die Wahl erfolgt auf vier Jahre. Jedes Unternehmen, in dem nicht mehr als 20 Vollarbeiter beschäftigt werden, hat eine Stimme, darüber hinaus hat das Unternehmen bis zu 200 Vollarbeiter für jede angefangenen 20 Vollarbeiter eine Stimme, über 200 Vollarbeiter entfällt nur noch auf je 100 Vollarbeiter eine Stimme. Mehr als 50 Stimmen darf ein Mitglied nicht führen. Bei der Wahl wird die Zahl der Vollarbeiter aus den Lohnachweisen des voraufgegangenen Jahres festgestellt. Ersatzwahlen finden nicht statt. Sinkt jedoch die Zahl der Vertreter einer Fachgruppe einschließlich der Ersatzleute auf die Hälfte der nach der Anzahl der beschäftigten Vollarbeiter notwendigen Zahl herab, dann wird eine Neuwahl vorgenommen. Der Genossenschaftsversammlung obliegt die Beschlußfassung über die zur Verwaltung der Genossenschaft notwendigen Maßnahmen. Die Genossenschaftsversammlung wird vom Vorsitzenden des Genossenschaftsvorstandes, in seiner Verhinderung durch den geschäftsführenden Vorsitzenden, geleitet. Sie ist beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder. Alljährlich muß eine ordentliche Genossenschaftsversammlung einberufen werden, sie muß bis spätestens September einberufen sein.

Für die Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte kann dem Vorsitzenden als Entschädigung für Zeitverlust ein Pauschbetrag gewährt werden, dessen Höhe die Genossenschaftsversammlung festsetzt. Desgleichen kann den Vertretern in den Genossenschaftsorganen eine Entschädigung für Zeitverlust gezahlt werden.

Die Aufbringung der Mittel und die Leistungen der Unfallversicherung regeln sich nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

Die Genossenschaftsversammlung ist bisher noch nicht gebildet worden. Bisher ist durch eine Gründungsversammlung, welche am 26. und 29. November v. Js. stattfand, der vorläufige Vorstand gewählt worden. Diese Gründungsversammlung bestand aus Vertretern der Handels- und Handwerkskammer und ähnlichen wirtschaftlichen Unternehmungen und wurde vom Landesversicherungsamt einberufen, welches auch die Zahl der Vertreter zu dieser Gründungsversammlung bestimmte. Diese Gründungsversammlung wählte zu ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern die Herren Oberbaurat Süßengut (Fachgruppe 1), Baugewerksmeister Eichholz (Fachgruppe 2), Kaufmann Kuno Sommer (Fachgruppe 3), Kaufmann Siebenfreund (Fachgruppe 4) und Kommerzienrat Sieg (Fachgruppe 5), der auch zum Vorsitzenden bestimmt wurde. Dieser vorläufige Vorstand führt die Geschäfte bis zur endgültigen Wahl des Vorstandes durch die Genossenschaftsversammlung.

Hier ist noch darauf hinzuweisen, daß die Arbeitnehmer an der Mitwirkung bei der Verwaltung dieses für die Arbeiter so wichtigen Sozialversicherungszweiges wie bisher ausgeschlossen bleiben, trotzdem die heutige Zeit eine Aenderung hierin bedingt hätte. Lediglich eine Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Unfallverhütungsvorschriften ist vorgesehen. Aber der Senat und die bürgerlichen Parteien standen bei der Beschlußfassung über das Gesetz zur Errichtung einer eigenen Unfallversicherung für das Gebiet der Freien Stadt auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung den Arbeitgebern allein überlassen bleiben müßte, da diese auch die Beiträge allein aufzubringen haben. Nichts ist falscher wie dieser Standpunkt. Die heutige Zeit erforderte es, daß den Arbeitnehmerschichten wohl die Beitragslast abgenommen werden müßte, zumal heute jeder anständige Arbeitgeber schon die Beiträge zu den Sozialversicherungen für die bei ihm beschäftigten Personen aus seiner Tasche bestreitet, aber ein weitgehendes Mitwirkungsrecht muß für die Versicherten geschaffen werden. Das möge die Aufgabe der Zukunft sein.

Das Vorkaufsrecht der Gemeinden.

In das Grundwechselsteuergesetz war seinerzeit eine Bestimmung aufgenommen worden, nach welcher die Gemeinden berechtigt seien, Grundstücke, die zum Verkauf gelangen und bei denen der Verkaufswert so niedrig angegeben ist, daß offenbarer Steuerbetrugsversuch vorliegt, zu dem angegebenen Verkaufspreise selbst zu erwerben. Auf diese Weise konnte die Stadtgemeinde Danzig Grundstücke zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise erwerben, im Volkstag hat Gen. Beyer eine Anzahl derartiger Verkaufsblüten mitgeteilt. Diese Bestimmung hatte von Anfang an den Widerspruch der deutschnationalen und der Zentrumsfraktion hervorgerufen, welche in dem Abg. Weiß von der Zentrumsfraktion einen besonderen Fürsprecher fanden. Herr Weiß will nach seinen Angaben beileibe nicht den Steuerhinterziehern eine willfährige Hilfe sein, er ist auch kein direkter Gegner des Vorkaufsrechtes der Gemeinden, auch kein Gegner einer gesunden Bodenpolitik, sondern er ist feinfühlig und kann es durchaus nicht dulden, daß dieses Vorkaufsrecht der Gemeinden in einem Steuergesetz verankert wird. Auch die angeblichen kleinen Mängel dieser Bestimmung über das Vorkaufsrecht der Gemeinden in dem angezogenen Gesetz haben es ihm angetan. So kämpft Herr Weiß zwar nicht lammfromm, wie man es von einem frommen Zentrumsanhänger erwarten kann, sondern wie ein Löwe um die Beseitigung der den Steuerhinterziehern so unangenehmen Bestimmung, wobei ihn die Deutschnationalen gebührend unterstützen, die wieder mit dem alten Einwurf operieren, daß diese Bestimmung dem Deutschtum in Danzig einen großen Schaden zufüge. So wurde denn auch wieder einmal dieser Punkt in der letzten Sitzung des Steuerausschusses des Volkstages behandelt, nachdem ein dahingehender Antrag der Zentrums- und der deutschnationalen Fraktion des Volkstages durch Hilfe der Stimmen der Deutschen Partei dem genannten Ausschuß überwiesen worden war. Herr Weiß mußte sich dort mehrmals sagen lassen, aus welchen Gründen er denn bisher nicht einen Gesetzentwurf vorgelegt habe, der das Vorkaufsrecht der Gemeinden in anderer Weise regele, wenn ihm die Verbindung des Vorkaufsrechtes mit einem Steuergesetz nicht passe. Aber Herr Weiß schwieg sich wohlweislich darüber aus. Auch der anwesende Regierungsvertreter, Finanzrat Rodenacker, trat hilfreich den Antragstellern bei. Er meinte, daß der Senat diese Bestimmung in dem Gesetz nicht gewollt habe und es ihm gleichgültig sei, was daraus werde. Er mußte sich vom Gen. Schmidt seine Handlungsweise gebührend kennzeichnen lassen, der darauf hinwies, auf welche Art der Senat die Interessen der Gemeinden vertrete. Herr Lück von der Deutschen Partei war trotz gewisser Gegnerschaft über ein Vorkaufsrecht der Gemeinden der Ansicht, daß keine Veranlassung dazu bestände, die Bestimmung jetzt aufzuheben, da das in Aussicht stehende Finanz- und Steuerprogramm Gelegenheit zur weiteren Aussprache geben. Bei der Abstimmung mußte aber der Deutschparteiler sehen, welchen Fehler die Deutsche Partei begangen hat, als sie dem Regierungsblock dazu verhalf, den Antrag dem Ausschuß zu überweisen. Es ergab sich ein sonderbares Bild: Mit den Stimmen der Mitglieder des Regierungsblockes — die Angestelltenvertreterin Frl. Mohn unter den Schützern der Steuerhinterzieher zu sehen, war ein besonderes Schauspiel — wurde der Antrag der Deutschnationalen und Zentrümler gegen die Stimmen der Vertreter der Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschsozialen und Deutschparteiler angenommen. Während im Plenum der Regierungsblock in der Minderheit ist — 55 Abgeordnete von 120 Mitgliedern —, hat der Regierungsblock im Ausschuß die Mehrheit (bei 17 Ausschußmitgliedern hat er 9 Vertreter). Der Ausschuß ist also nicht das Spiegelbild des Plenums. Nun wird das Plenum das letzte Wort zu reden haben, wo hoffentlich der Ausschußantrag abgelehnt wird.

Alte Nadelstichpolitik.

Deutschnationale Saalabtreibungen auf dem Lande.

Die Anzeichen mehren sich, daß die in der Vorkriegszeit übliche Unterdrückungspolitik gegen die Sozialdemokratie wieder voll zur Anwendung kommen soll. So sollte am letzten Sonntag in Ließau (Kreis Gr. Werder) im Gasthof von Weiß eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Der Pächter dieses Lokals, der dasselbe vom Deichamt gepachtet hat, glaubte, daß, nachdem von allen Parteien in seinem Lokal Versammlungen abgehalten worden sind, er auch der Sozialdemokratie dieses Lokal zur Verfügung stellen könne. Aber weit gefehlt! Nachdem am Orte durch Anschlag bekanntgegeben war, daß die Versammlung im Gasthof Weiß stattfindet, erhielt der Wirt noch am Sonnabend ein Telegramm des Deichhauptmanns Doering-Tiegenhof, worin dem Wirt untersagt wurde, die Versammlung stattfinden zu lassen. Der Gastwirt lehnte daraufhin auch die Hergabe des Saales ab. Alle Vorstellungen nutzten nichts, und die Versammlung mußte an einem anderen Orte stattfinden, da in Ließau kein anderes Lokal zur Verfügung stand. Weil die Lokalverhältnisse so traurig liegen, hatten die Gemeindevertreter beschlossen, die Schule für Versammlungen freizugeben. Was machte der Landrat? Er inhibierte diesen Beschluß der Gemeindevertretung. Stellvertreter des Landrats ist der deutschnationale Senator Ziehm-Ließau!! Wenn man glaubt, durch alle diese Schikanen die Partei in ihrer Entwicklung zu hemmen, so irrt man. Auch die Parteigenossen in Ließau sind dadurch nicht in ihrem Glauben zu erschüttert. Im Gegenteil, sie werden mit verstärktem Eifer für die Partei arbeiten und zahlreiche Aufnahmen beweisen, daß die arbeitende Bevölkerung sich durch solche Mittel nicht einschüchtern läßt. Traurig und für ihre Väter beschämend ist nur, daß noch immer versucht wird, politische Bewegungen mit solchen kleinlichen Maßnahmen zu hemmen.

Gastspiel Otto Normann im Stadttheater. Am Dienstag gastierte Direktor **Otto Normann** vom Zoppoter Stadttheater in dem nun schon allmählich etwas alt werdenden Schwank „Charleys Tante" in seiner früheren Wirkungsstätte am Kohlenmarkt. Normanns Rollenkreis ist vielleicht nicht sehr groß, aber die ihm liegenden Rollen werden bei ihm zu Bombenrollen. So ist es auch „Charleys Tante", die er mit einer unverwüstlichen Komik spielt. Das Haus freute sich sicherlich des Wiedersehens sowohl mit dem Schwank und als dem Gast, amüsierte sich prächtig, als die anderen Darsteller, insbesondere **Kliewer** und **Brückel** originelle Schwanktypen schufen, die der Leistung des Gastes ebenbürtig waren.

---

2. Konzert Siegmund und Emanuel Feuermann.

Der erste Abend der beiden Künstler schloß mit dem **Doppelkonzert von Joh. Brahms**, der zweite begann mit demselben Werk. Es insofern kein typisch Brahmsches Produkt, als es nicht jene eckigen Rauheiten aufweist, die diesem Komponisten sonst eigen sind. Es ist erfüllt von einem versöhnlichen Wohllaut, gesättigt mit breit hinströmender Melodik, zuweilen sogar von einer heftigen Ueberschwänglichkeit diktiert. Violine und Cello sind wie verliebt ineinander, sie folgen sich freundesgleich, lassen sich nicht trennen, und es mutet ebenso rührend wie possierlich an, wenn das phlegmatischere Cello der behenden Geige die schwierigsten Kadenzengänge im vivace non troppo unentwegt nachhüpft. Die Freundschaftserneuerung zwischen dem Meister und Joachim warf über dieses opus den menschlich warmen Glanz. **Siegmund und Emanuel Feuermann** waren sich bei der Wiedergabe treue Gefährten, und **Ella Mertins** bemühte sich, das fehlende Orchester am Flügel zu ersetzen. Nach den Erfahrungen von vorgestern fürchtete ich einigermaßen für die große **Solo-Chaconne von J. S. Bach** in der Interpretation **Siegmund Feuermanns**. Doch muß bekannt werden, daß er sich neulich in dem Konzert von Glazounow zu schlecht gemacht hat: er zog sich diesmal immerhin höchst anständig aus der heiklen Affäre. Zwar konnte er auch jetzt stellenweise seine Schönlingsnatur nicht verleugnen, über gewissen Wendungen lag wieder ein ganz klein wenig Parfüm und die herrliche Monumentalität dieses nordischen Monologes kam keineswegs voll heraus — aber eine irgendwie unangenehme Verkitschung war bei allem aufs strikteste vermieden. In dieser Richtung konnte sich der Geiger bei den üblichen „kleinen Sachen" austoben, die dem Publikum als verdauungsfördernde Nachspeise in den Magen geschoben zu werden pflegen: da gab es künstliche Flageolettöne dutzendweise pizzicato linkshändig nebst Springbogen, chromatische Passagen, verwegenste Doppelgriffe, daß es nur so seine Art hatte. Der Beifall blieb mit Recht nicht aus.

Emanuel Feuermann rechtfertigte von neuem die hohe Meinung, die wir von ihm hatten. Das D-Dur-Konzert von **Haydn** (Földesy spielte es uns vor einigen Jahren unvergeßbar) gestaltete er mit hinreißender Delikatesse und beschaulicher Tändelei; vor allem bezwang das Adagio. Auch er betätigte sich dann mit virtuoser Souveränität in reizenden Trivialitäten kleineren Formats. (Die Verhunzung des Notturnos von Chopin hätte er sich trotzdem schenken können!).

Ella Mertins hielt überall wacker mit.

Der Zuhörerschaft war es wärmer (in zwiefachem Sinne) ums Herz als das letzte Mal. Zugaben fanden nicht statt.

K. R.

Die Tätigkeit des Guttemplerordens. Der 18. Distrikt des deutschen Guttemplerordens (J. O. G. T.) hielt am Sonntag seine Vierteljahressitzung ab. Ihr ging am Sonnabend ein Begrüßungsabend voraus; auf diesem hielt Herr Bornstein einen Vortrag über die Schäden des Alkohols. Zu der Sitzung des Distrikts, die der Vorsitzende Herr Steinmetz leitete, waren von den verschiedenen Logen 67 Vertreter mit Stimmberechtigung entsandt. Aus dem Vierteljahresbericht ist hervorzuheben, daß die Aufnahmen neuer Mitglieder einer verschärften Prüfung unterliegen. Infolgedessen habe sich die Mitgliederzahl nicht erhöht. Neu eingerichtet sind Kurse für Stenographie, Buchführung und Englisch für die Ordensmitglieder. Auch Bezirkslogen sollen wieder eingerichtet werden. Die Logen in Pommerellen werden sich in absehbarer Zeit der Großloge in Posen anschließen. Im Anfang April soll eine Alkoholgegnerwoche in Danzig stattfinden. Der Vorsitzende forderte auf, in den Bestrebungen, die Schäden des Alkohols zu lindern und mitzuhelfen, den Alkohol auszurotten, nicht nachzulassen. Dringend nötig sei die Herausgabe einer eigenen bezw. einer Alkoholgegnerzeitung. Dieser Plan werde wahrscheinlich im April zur Ausführung kommen. Die Jugenderzieher des Ordens sollen in Jugenderziehungskursen unterrichtet werden. Die Kassenverhältnisse haben sich nach Einführung einer festen Währung bedeutend gebessert. Die Wehrlogen sind fleißig tätig am Bau von eigenen Heimen. Die eingegangenen Anträge behandelten internere Angelegenheiten des Distrikts. Ein kurzer Vortrag der Frau Steffen hatte die Worte „Friede, Einigkeit und Ausbau" zur Grundlage und war hauptsächlich an die Frauen gerichtet. Die Tagung legte Zeugnis ab, daß sich die Bewegung der Guttempler innerlich gefestigt hat.

Danziger Standesamt vom 20. Februar 1924.

Todesfälle: T. d. Gärtners Willy Albrecht 5 M. — Tapezierer Ernst Poerschken 74 J. 2 M. — Ww. Marie Kleis, geb. Hopp, 71 J. — T. d. Weichenwärters Gustav Selke 3 J. 5 M. — Invalide Heinrich Parting 73 J. 10 M. Kaufmann Paul Simon 84 J. 2 M.

An unsere Postabonnenten!

Der Bezugspreis für den Monat März beträgt

2,50 Gulden

und 36 Pfg. Bestellgeld. Wo die Postboten und Postanstalten einen höheren Betrag eingezogen haben, ist der überschießende Betrag zurückzufordern. Auf unsere Beschwerde hin sind die Postanstalten im Freistadtgebiet angewiesen, keine höheren Beträge einzuziehen.

Soweit unsere Leser wegen der hohen Preisforderung die Bestellung zurückgewiesen haben, bitten wir diese zu erneuern. Die Postboten und Postanstalten nehmen Bestellungen noch entgegen.

Der Verlag der Volksstimme.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 20. 2. 24

1 Dollar: 5,83 Danziger Gulden.

1 Million poln. Mark: 0,63 Danziger Gulden.

1 Rentenmark 1,32 Gulden.

1 Billion Reichsmark 1.30.

Berlin, 20. 2. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 20. Februar. (Amtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 10,90—10,75, Roggen 6,95—7,00, Gerste 6,90—7,00, Hafer 6,50—, Viktoriaerbsen 25,00—27,50, Peluschken 8,50—8,75, Wicken 7,00—7,50.

Verantwortlich: für Politik **Ernst Loops**, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil **Fritz Weber**, für Inserate **Anton Fooken**, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von **J. Gehl u. Co., Danzig.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Lieferungen des Bedarfs des städt. Krankenhauses und des städt. Arbeitshauses an Fleischwaren, Eiern, Käse, Kolonialwaren, Mühlenfabrikaten und Kartoffeln für die Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js. sollen vergeben werden.

Angebote hierauf sind bis **Freitag, den 29. Februar d. Js., vorm. 9 Uhr,** an das städtische Krankenhaus in der Deichbrücke zu richten.

Die Bedingungen sind im städt. Krankenhause und im Arbeitshause gegen Zahlung von 1,50 G in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 20. Februar 1924. (12040

Der Senat.
Krankenhausverwaltung.

Invalidenversicherung.

Durch die Verordnung des Senats vom 8. Februar d. Js. sind die Rentenbezüge und die Beiträge erhöht worden.

Es sind demnach vom 25. Februar 1924 ab zu verwenden: in den Lohnklassen I—V Marken zu 40 P, 60 P, 80 P, 100 P und 110 P z. B. sind für Hausgehilfinnen bei Gewährung von freier Station zu verwenden:

bis 6,67 G monatl. Barlohn Marken zu 40 P
„ 28,33 „ „ „ „ „ 60 „
„ 58,33 „ „ „ „ „ 80 „

Rückstände oder Beiträge für zurückliegende Zeiten können nur in den am Zahltage geltenden Lohnklassen beglichen werden.

Die Verordnung ist im Gesetzblatt abgedruckt.

Ausführliche Merkblätter — 10 P — sind beim Pförtner erhältlich.

Danzig, den 19. Februar 1924. (12034

Landesversicherungsanstalt
Freie Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Intendant: **Rudolf Schaper.**

Heute, Donnerstag, den 21. Febr., abends 7 Uhr:
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

Der Opernball

Operette in drei Akten von Bixner Léon und H. von Waldberg. Musik von R. Heuberger.
In Szene gesetzt von Erich Sterneck.
Musikalische Leitung: Rupert Kröller.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, 22. Februar, abends 7 Uhr. Dauerkarten-Serie 3. **„Die fünf Frankfurter“.** Lustspiel

Stadttheater Danzig

Intendant: **Rudolf Schaper**

Für die Inhaber von Dauerkarten!

Der Zahlungstermin für die 3. Dauerkartenperiode wird **bis zum 3. März 1924 verlängert.** Wegen Gagenzahlung bleibt die Kasse am 28. und 29. Februar 1924 geschlossen. **Die bis 3. März 1924, mittags 2 Uhr, nicht bezahlten Dauerkarten werden anderweitig vergeben.**

Die Intendanz des Stadttheaters.

Herren- und Burschen-Bekleidung
Anzüge, Mäntel, gestreifte Hosen
kaufen Sie billig und gut bei 10% Rabatt
Berliner Konfektions-Vertrieb,
Jopengasse 27 1179

Lebensmittel-Centrale
Schmiedegasse 16 **J. Cohn** Telephon 2988
empfiehlt u. bekannt gute Qualität zu billigsten Preisen: Schweizer-, Tilsiter-, Werderkäse. Gemüse- u. Obstkonserven, Fische in Dosen. Sardinen, reinste Qualität, portugiesisch. Dosen 35 und 95 Pfg. Milch und Sahne in Dosen.
1190 Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Kredit
ist wieder da!
Bei kleiner Anzahlung können Sie
sofort mitnehmen!
Elegante
Damenmäntel
und
Herrenanzüge
9 Lange Brücke 9

Arbeiter-Bildungsausschuß

Sonnabend, den 23. Februar, abends 7½ Uhr,
in der Aula des Städt. Gymnasiums, am Winterplatz

Volksliederabend

Vortrag – Rezitationen – Gesang – Lieder zur Laute

Karten sind im Vorverkauf zu 0.75 G zu haben in den Konsumverkaufsstellen Danzig und Langfuhr und in den Verkaufsstellen der Volkswacht, Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32
An der Abendkasse 1.— G

Am **Mittwoch, den 12. März,** beginnt ein Vortragskursus über:

Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen und die Ziele des Sozialismus

Vortragender: **Engelbert Graf,** Berlin

Karten für den Kursus (5 Abende 3 G) sind bei den Parteivertrauensleuten und in den Verkaufsstellen der Volksstimme erhältlich

Danziger Lehrer-Gesangverein, E. V.
Chormeister: Fritz Binder.
Dienstag, den 26. Februar 1924, abends 7½ Uhr:
Nur für Mitglieder
Zum Besten der Kinderhilfe des Roten Kreuzes
Mittwoch, den 27. Februar 1924, abends 7½ Uhr:
(öffentliche Aufführung)
im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause

Das Paradies und die Peri

Dichtung aus „Lal'a Rookh“ von Th. Moore, für Solostimmen, Chor und Orchester (op. 50) von Robert Schumann.

Soli: **Henny Wolff,** Sopran (Peri), Hannover; **Adda Heynssen,** Sopran (Stadttheater Danzig); **Grete von Gayer,** Alt (Stadttheater Danzig); **George A. Walter,** Tenor, Berlin; **Erich Löpke,** Tenor, Mitgl. d. Drg. L.-G.-V.; **Max Begemann,** Bariton (Stadttheater Danzig).

Chor: Der **Danziger Lehrer-Gesangverein** und sein **Frauen-Chor** sowie Mitglieder der **Danziger Sing-Akademie.**

Orchester: Die verstärkte Kapelle des Stadttheaters

Insgesamt über 300 Mitwirkende.

Karten für die öffentliche Aufführung am 27. Februar zum Preise von 4, 3, 2, 1 Gulden bei **Herm. Lau,** Langgasse, und an der Abendkasse.

Naumann-Germania-Fahrräder
für Sport und Beruf
sind die besten
stabil, leicht laufend, elegant
Alleinvertrieb durch:
Bernstein & Comp. G. m. b. H.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung
gestattet 11994

Gedal-Kräuter-Weg
beseitigt ohne Berufsstörung lästiges Betthautjucken in kurzer Zeit. Nicht schmierend, geruchlos
Waldemar Gassner, Schwanen-Drogerie
Altstädt. Graben 19/20 12045

Tabakwaren-Großhandlung

Haustor 8

Ecke Altstädtischer Graben
1177

Schmidthals'
„Freistädter“
Delikatess-Würstchen

Eine neue Spezialität

Die Würstchen müssen 10 bis 15 Minuten sieden und sind dann

warm und kalt

eine Delikatesse ersten Ranges 12031

Ab 20. Februar in allen einschlägigen Geschäften zu haben

Georg Schmidthals Aktiengesellschaft, Danzig

Achtung! Hausfrauen! Billig!
Freitag und Sonnabend:
Schweinefleisch . . 0.90 – 1.00 G
Rindfleisch . 0.60, 0.70 – 0.80 G
Kalbfleisch . . . . . 0.80 G
Markthalle, Stand 36,
nur im Keller.
Balda verw. Fischer. 12032

Ia Preßtorf
brikettartig, höchste Heizkraft, Ztr. 0,90 G
Wilhelm Prillwitz, Am Holzraum 17

Oelgemälde
passend für Schlafzimmer, sehr bill. zu verkaufen (†
Brandgasse 12, 3 Tr.
Besichtig. von 4–6 Uhr

Wachsamer Hund
zu verk. Klein, Langf., Hauptstr. 76, pt. rechts (†

Sportliegewagen
mit Verdeck zu kaufen gesucht. Off. u. V. 1958 a. d. Exped. d. Volksstimme. (†

Ehepaar sucht
einfach möbl. od. leeres Zimmer
mit Küchenanteil. Offert. unt. V. 1970 an d. Exped. der Volksstimme. †

Pompadour. Inhalt: Schlüssel und Geld
verloren.
Rückgabe geg. Belohnung Johannisgasse 67, 2 Tr. rechts, erbeten. (†

Anständ., berufstätiges junges Mädchen sucht
kl. möbl. Stübchen
mit Küchenanteil. Offert. unt. H. 200 an d. Exped. der Volksstimme †

Maßkonfektionsärmel
verleiht **Schibowski,** Rittergasse 1. (†

Institut für Plattenstadt Nr. 7, 1 Treppe
Kinder werden Sonntags.

Durchgehende Sprechzeit von morgens **8–7 Uhr** abends
Sonntags von 9–12 Uhr vorm.

Zahnleidende

Geleitet von dem Bestreben, den höchsten Anforderungen des zahnleidenden Publikums gerecht zu werden, betrachte ich es als **Hauptaufgabe, jedem** Zahnersatzbedürftigen fachgemäße Behandlung angedeihen zu lassen. Jeder sieht selbst ein, daß aus **gesundheitlichen Rücksichten** ein Zahnersatz **unbedingt** notwendig ist, da zum **größten Teil alle Magenkrankheiten** auf die Ursache eines schlechten Gebisses zurückzuführen sind.

Erstklassige Ausführung in naturgetreuem, festsitzendem **Zahnersatz** unter Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Reparaturen, Umarbeitungen in einem Tage. Zahnziehen bei Bestellung kostenlos. Kronen und Brückenarbeiten in Gold u. Goldersatz, Stiftzähne usw. 11975

Plombieren mit den neuesten Apparaten wird sehr schonend und gewissenhaft ausgeführt.

Schmerzloses Zahnziehen betreffend wird speziell hingewiesen auf die Anerkennungen und Empfehlungen der vielen bisherigen Patienten.

Die Preise sind sehr mäßig. Zahnersatz pro Zahn von . . . . . **2 Gulden** an.

Zahnziehen nur Betäubung, Plomben von . . . .

Neuzeitliche hygienische Sprechzimmer. — Eigenes Labor im Anfertigen Patienten werden möglichst an einem Tage bedient.

Bevor Sie einen Anzug kaufen, achten Sie auf mein

„Spottbilliges Angebot“

ANZUGE aus festen, haltbaren Stoffen, guten Futtersachen u. von tadellosem Sitz

16 G | **18** G | **22** G | **26** G und höher

Helle Anzüge von **28** G an
Eleg. Anzüge Ersatz für Maß, in allen Preislagen
Gummi- und Schwedenmäntel von **33** G an
Breeches, Manchester-,
Stoff- und Arbeitshosen in riesiger Auswahl 12039

Jeder muß sich selbst überzeugen, daß er reell, gut und billig kauft in

STEIN'S Konfektions-Haus
21 Häkergasse 21

Teilzahlung auf sämtliche Waren gestattet.